

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.10 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll und Heil' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauentöne' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
'Vorwärts' Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Spaltenbreite 80 Pfennig. Reklamzeile 1. Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das gedruckte Wort 25 Pfennig.

Wachsen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 4. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 37 524 - Bankkontos: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 67; Diskonto-Gesellschaft, Postfach 100, Lindenstr. 2.

Schwarzrotgold gerichtlich verboten.

Die Reichsflagge polizeilich entfernt.

Bochum, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Hauswirt Stratmann des im zweiten Stock des Hauses Kohstr. 43 wohnenden Apothekers Gersdorff hatte gehört, daß sein Mieter während der Kolonialtagung Schwarzrotgold flaggen würde.

Es ist immerhin möglich, daß der Mietvertrag in jenem Hause zu Bochum den Mietern verbietet, ohne Zustimmung des Hauswirts Fahnen auszuhängen.

fassungswidrig. Ob der Richter Driessen diese Erwägungen angestellt hat, wissen wir noch nicht. Vielleicht wird die Justizverwaltung Feststellungen darüber treffen und sie dann auch der Öffentlichkeit mitteilen?

Stöckel bleibt verurteilt.

Weil er dritter Klasse fuhr!

Braunschweig, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wurde im Stöckel-Prozess nach zweistündiger Beratung folgendes Urteil verkündet:

Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird zurückgewiesen. Der Berufung des Angeklagten wird stattgegeben, sofern es sich um die Dienstreisen mit Freifahrtchein nach Berlin handelt, die angeblich zu Privatzielen erfolgt sein sollten.

Der Staatsanwalt hatte in der Vorinstanz acht Monate Gefängnis und dreijährige Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter beantragt.

Rudolf Oeser gestorben.

Am Donnerstag nachmittag, kurz nach 5 Uhr, verstarb in seiner Dienstwohnung der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn L.-G. Dr. Ing. h. c. Rudolf Oeser im Alter von 67 Jahren an den Folgen eines langwierigen Leidens.

Als Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft hat der jetzt Verstorbene sehr viele Maßnahmen mit seinem Namen bezeichnen müssen, obwohl er sie innerlich ablehnte. Er ist dadurch auch in den Kreisen der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn scharf umkämpft worden.

Am 25. März 1919 wurde Oeser preussischer Minister der öffentlichen Arbeiten. Hier hatte er Gelegenheit, an der Ueberführung der Staatsbahnen und der Wasserstraßen auf das Reich tatkräftig mitzuarbeiten.

ohne Geschick und Erfolg durchzuführen vermochte. Was in der Reichsbahn an arbeiterfeindlichen Handlungen geschah, ist daher viel weniger auf das persönliche Konto Oesers, als auf das Konto jener deutschen Industriellen zu setzen, die ihre Position im Verwaltungsrat der Reichsbahn als einen Vorposten der sozialen Kampffront der Unternehmer anfaßen.

Die Sozialdemokratie wird des Verstorbenen gern und ehrend als eines aufrichtigen Demokraten gedenken, der auch in einer Zeit ferocsten Häftingstums den alten Bürgerstolz zu wahren wußte.

Wer wird der neue Leiter der Reichsbahn?

Es ist natürlich noch zu früh, bestimmte Vermutungen über die Persönlichkeit des Nachfolgers Oesers in der Leitung der Reichsbahn anzustellen. Die Satzung der Deutschen Reichsbahngesellschaft schreibt vor, daß der Generaldirektor und die Direktoren Deutsche sein müssen.

Grenzlandkundgebung des Reichsbanners.

Oberschlesische Tagung in Gleiwitz.

Breslau, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hält am Sonnabend und Sonntag in Gleiwitz die erste große Grenzlandkundgebung in Oberschlesien ab.

'Verbrecherisch hohe Löhne!'

Die Aktion der Berliner Metallindustriellen.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Schiedspruch für die Hilfs- und Transportarbeiter, den der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 26. März 1926 gefällt hatte, deshalb abgelehnt, weil er gegen die von den Unternehmern gewünschte Herabsetzung der Löhne abgegeben wurde.

Die 'verbrecherisch hohen Löhne' betragen für einen Arbeiter über 21 Jahre in der Klasse 5 64 Pf. pro Stunde, in der Klasse 4 66 Pf. pro Stunde.

Die Arbeitgeber erklären: Diese Löhne sind die Ecklöhne und darauf bauen sich die Löhne der übrigen Metallarbeiter auf. Durch die 'hohen Löhne' der Hilfsarbeiter werden die übrigen Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen.

Die Unternehmervertreter versiegten sich sogar zu der Drohung, daß sie 'andere Mittel anwenden' würden, falls der Arbeitsminister und seine Herren im Amt ihrem Verlangen nach Herabsetzung der Arbeiterlöhne etwa Widerstand leisten sollten.

Es dreht sich für die Unternehmer selbstverständlich nicht nur um die Löhne der Hilfs- und Transportarbeiter. Diese sollen nur zunächst abgebaut werden, weil hier der geringste Widerstand gegeben erscheint.

Das Lohnniveau der gesamten Arbeiter in der Metallindustrie ist den Unternehmern zu hoch. Um nun die Möglichkeit zu schaffen, auch bei den anderen Kategorien von Arbeitern, wie Werkzeugmachern, Drehern, Schlossern und wie die übrigen Gruppen alle heißen, den Lohn zu kürzen, deshalb muß der niedrige Lohn der Hilfsarbeiter noch weiter herabgesetzt werden.

Die Berliner Metallarbeiter haben alle Ursache, sehr wachsam zu sein. Heute soll der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner zusammentreten.

Wenn auch nicht verkantet werden kann, daß die auf den Export angewiesene Berliner Metallindustrie im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe auf dem Auslandsmarkt unbedingt eine Senkung der Preise ihrer Erzeugnisse und dazu eine Verminderung ihrer Selbstkosten erreichen muß, erscheint doch eine Senkung der Löhne der unter das Lohnabkommen fallenden Arbeitergruppen unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht durchführbar.

warten, und es den Parteien zu überlassen, zur gegebenen Zeit in neue Verhandlungen einzutreten."

Die Verhältnisse haben sich nun vom 26. März bis heute noch mehr zu Ungunsten der Arbeiter verschlechtert und infolgedessen liegt kein sachlicher Grund vor, die Löhne der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie abzubauen. Henry Ford, der amerikanische Automobilkönig, sagt seinen deutschen Kollegen über Lohnrückerteil folgendes:

"Das Herabdrücken der Löhne ist die leichteste und gleichzeitig die niederlichste Art, um einer schwierigen Situation Herr zu werden. Von der Inhumanität ganz zu schweigen. In Wahrheit heißt das, die Unfähigkeit der Geschäftsführung auf die Arbeiter abzuwälzen. Jede Depression auf dem Markt muß ein Ansporn für den Produzenten sein, mehr Gehalt in sein Geschäft zu stecken, durch Umsicht und Organisation zu gewinnen, was andere durch Drücken der Löhne zu überwinden suchen. Hohe Löhne helfen die Kosten verringern, weil die Leute in ihrer Arbeit tüchtiger werden, wenn sie keine Geldsorgen haben."

Die Metallindustriellen sollten sich diese Worte ihres erfolgreichen Kollegen in Amerika zu Herzen nehmen.

Die Arbeiter aber dürfen nicht auf die staatlichen Instanzen und die Einsicht der Unternehmer warten. Sie müssen vor allem ihre gewerkschaftliche Organisation stärken. Denn nur an starken Organisationen bricht sich der Uebermut der Unternehmer, der heute noch in der Hungerzeit von „verbrecherisch hohen Löhnen“ reden darf!

Deutschnationale Regierungssehnsucht.

Hergt über die deutschnationale Regierungsbeteiligung.

In Liegnitz hat der deutschnationale Bannertträger Hergt sich über die „politische Lage“, wie er sie sieht, verbreitet. Das Wichtigste ist ihm eine neue Regierungsbeteiligung. Nach dem Bericht des Wolff-Bureaus hat er darüber folgendes geäußert:

„Die deutschnationale Volkspartei werde aus der jeweiligen Situation ersehen, was für das deutsche Volk notwendig ist und sie wird daraus ihre Konsequenzen ziehen. Die Partei hat außenpolitisch nicht geschwankt. Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages hat den Deutschnationalen recht gegeben. Der Vertrag liegt im deutschnationalen Sinne. Politik ist auch für die Deutschnationalen, den jeweiligen Tatsachen gerecht zu werden. Was die deutschnationale Mitarbeit an der Regierung anbetrifft, so sei festgestellt, daß die Partei, ihre Mitarbeit nicht versagen wird. Aber die gegenwärtigen Regierungsparteien werden die Formel finden müssen, auf Grund deren die Deutschnationalen in die Regierung eintraten und dort einflußreich wirken können. Der Zeitpunkt, wo diese Frage akut wird, wird eine Krise sein. Die deutschnationale Volkspartei wird diesen Augenblick abwarten können. Man wird die Deutschnationalen rufen müssen.“

Hergts Aeußerungen sind nur eine neue Bestätigung für die Stärke des deutschnationalen Drangs zur Futterkrippe. Seitdem die Regierung Luther gestürzt ist, und die Bildung der Regierung Marx auch nur andeutungsweise die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung in Aussicht gestellt hat, bemühen sich alle prominenten Vertreter der Deutschnationalen und der Volkspartei durch wohlhabend diplomatische Reden das Feld für eine weitere Rechtswendung vorzubereiten. Einer wirft dem anderen die Bälle zu. Westarp, Kalkreuth, Hergt, Stresemann, alle haben sie mit ihren vorsichtig zurückhaltenden Reden nur das eine Ziel im Auge, in der Öffentlichkeit für den Herbst die Stimmung vorzubereiten, die auf dem Boden der „gegebenen Tatsachen“ den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung ermöglichen. Zu den jeweiligen Tatsachen, denen die Deutschnationalen gerecht werden wollen, gehört in erster Linie der im September zu vollziehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die „Formel zu finden“, wird den Strategen der Volkspartei und der Deutschnationalen nicht schwer fallen. Herr Hergt mit seinen Mannen wartet zwar ab, aber man merkt, wie

ungeduldig die Herrschaften bei diesem Abwarten sind. Der Kampf um den Volksentscheid ist nur die erste Etappe der Auseinandersetzungen zu diesem Ziel. Das Banner, das nie geschwankt hat, möchten die Deutschnationalen gar zu gern ein zweites Mal — und dann für die Dauer — aufpflanzen. Das Volk hat es in der Hand, durch seine Stimme diese schönen Pläne zunichte zu machen.

Stresemann — der Schaukelmann.

Er dementiert und bestätigt zugleich.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ hatte mitgeteilt, niemand anders als Stresemann der volksparteiliche Parlamentarier gewesen sei, der die Aktion der preußischen Regierung gebilligt habe. Da die Volksparteiler die Hausuchungen bei den rheinisch-westfälischen Industrieführern als die gefährlichste Majestätsbeleidigung ansehen, die überhaupt denkbar ist, so muß der arme Stresemann sich irgendwie aus der Affäre ziehen. Zu dem Zweck hat er nach einer offiziellen Meldung des Wolff-Bureaus in Erfurt auf einer Tagung des volksparteilichen Reichsausschusses für Handel und Industrie folgendes erklärt:

Die Mitteilung von Ministerialdirektor Aberg im Preussischen Landtag könnte für die Frage, ob das Vorgehen der preussischen Regierung berechtigt war, nur dann Bedeutung haben, wenn meine Aeußerung nach dem Bekanntwerden der Veröffentlichung der amtlichen Stellen erfolgt wäre. In Wirklichkeit war der Vorgang folgender: An dem Tage, an dem der Abg. Giesberts im Reichstag von diesen angeblichen Plänen sprach, d. h. vor irgendeiner Veröffentlichung der preussischen Regierung, habe ich bei dem stellvertretenden Polizeipräsidenten von Berlin angefragt, was es eigentlich mit dieser Umsturzgefahr auf sich habe. Dr. Friedensburg hat mir darauf telephonisch gesagt, daß es sich um einen groß angelegten Plan zur Einrichtung eines Direktoriums im Reich unter Beseitigung des Reichspräsidenten und seiner Erziehung durch einen Reichsverweser handele, der gleichzeitig in allen deutschen Ländern Landesverweser einsetzen sollte. Auf Grund dieser Mitteilungen des Herrn Dr. Friedensburg habe ich in unserer telephonischen Unterhaltung erklärt: „Wenn die Dinge so liegen, dann greifen Sie nur ordentlich durch.“ Diese Aeußerung ist für jeden Anhänger der Volkspartei selbstverständlich, wenn er auf Grund von Mitteilungen von autoritativer Stelle unter dem Eindruck steht, daß solche Dinge tatsächlich beabsichtigt waren. Von dieser Unterredung habe ich auch der volksparteilichen Presse bei einer am nächsten Tage stattgehabten Zusammenkunft Kenntnis gegeben. Mit der Kernfrage, ob die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen tatsächlich gegeben waren, hat die unter diesen Umständen damals erfolgte Antwort gar nichts zu tun. Ich habe mich vielmehr aus den inzwischen bekanntgewordenen Veröffentlichungen bisher nicht davon überzeugen können, daß die Voraussetzungen für ein derartiges Vorgehen der preussischen Regierung tatsächlich gegeben waren. Insbesondere bemerke ich nur, daß bei dieser Unterhaltung von bevorstehenden Hausuchungen bei führenden Herren der rheinisch-westfälischen Industrie in keiner Weise die Rede gewesen ist.“

Stresemanns Dementi ist in Wirklichkeit nur eine Bestätigung. Der Schlußsatz seiner Erklärung weist deutlich auf die Ursache der Schmerzen hin. Alles wäre erlaubt, aber Hausuchungen bei den Industrielapitänen, das ist furchtbar. Sie stehen für jeden Volksparteiler und für jeden Unternehmerignobit über den Befehlen. Wenn diese Hausuchungen nicht gewesen wären, dann, ja dann hätte sich vielleicht auch Herr Dr. Stresemann öffentlich von der Gefahr überzeugt, deren Umfang er privatim selbstverständlich genau kennt.

Der Lübecker Bürgermeister Dr. Neumann hat am Donnerstag seinen Rücktritt vollzogen, nachdem ihm am Mittwoch von der Bürgerschaft zum zweitenmal das Mißtrauen ausgesprochen worden war. Der Rücktritt erfolgte, weil ein Volksentscheid für Herrn Dr. Neumann vollkommen aussichtslos war.

Neulich liegen die Verhältnisse an den technischen Hochschulen. Dort waren im letzten Semester 37 Proz. der Studenten Söhne von Beamten, 6 Proz. waren Landwirtschaftslehre, 43 Proz. Söhne von Männern aus Handel und Industrie. Die Söhne der freien Berufen angehörnden Väter machten 9 Proz. der Studentenschaft aus.

Will man die Republik von innen heraus mehr als bisher mit republikanischem Geist durchdringen, so wird die Frage des Universitätsstudiums der Arbeiterkinder das Interesse aller republikanischen Kreise finden müssen. Ob man die Frage von Staatswegen lösen will, oder ob es zweckmäßiger erscheint, diese Frage durch die republikanischen Parteien zu klären, ist zunächst gleichgültig. Wichtig ist vor allem, daß sämtliche republikanischen Kreise die ungeheure Bedeutung dieser Frage für die Weiterentwicklung des Volksstaates erkennen. Ist dies der Fall, so werden sich Wege finden lassen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen.

Hinter den Kulissen der Nordpoleroberung.

Aus den Schilderungen der — größtenteils skandinavischen — Journalisten, die nach Soalbard (Spitzbergen) gereist waren, um an Ort und Stelle über die Expeditionen von Amundsen und Byrd zu berichten, erfährt man jetzt erbauliche Einzelheiten über die Presse-mache, mit der diese Expeditionen aufgezogen wurden. Die amerikanischen Korrespondenzbureaus, an die Amundsen und Byrd das ausschließliche Recht der Berichterstattung über ihre Heldentaten verkauft hatten, führten auf Spitzbergen den wütendsten Kampf gegen alles, was als Journalist verdächtig war, ohne zu diesen Bureaus zu gehören. Man versuchte, ihnen die Dampfer abzutreiben, mit denen sie die meist über dem Meere stattfindenden Probeflüge beobachteten wollten; man telegraphierte das leerste Geschwätz lediglich, um zu verhindern, daß die freien Journalisten an den Telegraphen kamen, und man schaute selbst vor körperlichen Bedrohungen nicht zurück. Amundsen hatte Order gegeben, daß kein Außenstehender sich einem Schuppen auf weniger als drei Kilometer Entfernung nähern durfte, und norwegische und amerikanische, mit Revolvern und Dolchen bewaffnete Posten sorgten dafür, daß kein „Unbefugter“ diese Grenze überschritt. Einem norwegischen Journalisten, dem es gelungen war, sich durch die Absperrung zu schleichen und eine Aufnahme vom Eisschiff zu machen, wurde der photographische Apparat zerschmettert. Der Zeitpunkt der Abfahrt wurde streng geheimgehalten, während die offiziellen Abfahrtsberichte schon vorher den Vertretern der „bezahlenden“ Presse diktiert worden waren.

Byrd war sehr verlegen, als er von seinem Nordpolflug zurückkam und in aller Öffentlichkeit als Polbezugsinger begrüßt wurde — es war nämlich verabredet worden, daß zunächst die offiziellen Telegramme abgehen sollten und erst am nächsten Tage, wenn Amerika durch Byrds Bureau die Nachricht schon bekommen hatte, die Sache öffentlich in Spitzbergen bekannt werden sollte. Hier war es Amundsen, der Byrd den Strich durch die Rechnung machte mit einem feierlichen Empfang, zu dem er seine Journalisten — also Byrds Konkurrenz — geladen hatte. Auch ein Versuch, die staatliche norwegische Radiostation auf Spitzbergen in das amerikanische No-

Hohenzollern-Ketter.

Sie verlieren den vaterländischen Verstand.

Anders als beim Volksbegehren legen sich die Hohenzollern und ihre Bundesgenossen diesmal wirklich ins Zeug. Mit einer Flut von Agitationschriften wird das ganze Land überflutet. Jeden Tag fliegen uns neue Erzeugnisse treudeutscher Geistes auf den Redaktionstisch: Selbst wer viel Vertrauen faßt, staunt doch über die merkwürdigen Bindungen, deren ein menschliches Gehirn fähig ist. Wie sich die Welt in den Köpfen mancher Zeitgenossen spiegelt, das ist wirklich mehr als erstaunlich. Der Volksentscheid ist selbstverständlich nicht nur Diebstahl, Raub, Treulosigkeit, Gemeinheit, Verbrechen, Bolschewismus, überhaupt sozusagen die Ankündigung des Weltuntergangs, nein, mit dem Volksentscheid kommt die „rote kommunistische Schlammflut“ und verflüchtigt Haus und Hof aller ehrlichen braven Bürger. In Konstanz entrüstet sich z. B. ein „Landesältester“ von Windheim in einem offenbar höchst eigenhändig verfaßten Flugblatt. Er jammert darüber, daß ein Teil der bürgerlichen Presse aus Furcht vor Absonnerung einbuße nicht gegen den Volksentscheid schreiben will. Offenbar wollen also auch bürgerliche Wähler von der famosen Theorie nichts wissen, daß die Fürsten ein heiliges Anrecht auf ihren angeblichen Privatbesitz haben sollen. Der edle Landesälteste will die Menschheit vorm Untergang bewahren und so sammelt er das Fähnlein seiner aufrechten Deutschen: „Wer sich jetzt noch dieser vaterländischen Ehren- und Treupflicht gegen sein früheres Herrscherhaus entzieht, ist ein moralischer Jammerlappen und erkläre ich denselben, falls er es wünscht, unter Anebenung jeder ritterlichen Genugtuung frank und frei für einen gemeinen Kerl.“

O Gott! Ist es nicht furchtbar, in dieser bösen Welt zu leben, wo man offenbar von „moralischen Jammerlappen“ umringt ist. Bieweil Duell will eigentlich der gute von Windheim austragen? Die Fürstentumme muß gut stehen, wenn sie von solchen Geisteserleichen verteidigt wird!

Die Studentenkrawalle in Hannover.

Scharfer Erlass des Ministers.

Amlich wird mitgeteilt:

Der Rektor der Technischen Hochschule in Hannover hielt am Mittwoch, dem 2. Juni, gemeinsam mit zwei Mitgliedern des Hochschulsenats, im Kultusministerium Vortrag über die Ausschreitungen der Studenten in Hannover. Das preussische Kultusministerium hat nunmehr an den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover folgendes vom 3. Juni datierte Erlass gerichtet:

„Die erneuten erheblichen Störungen der Ruhe und Ordnung in der Hochschule geben mir Anlaß, folgendes zu bestimmen:

1. Die Disziplinarverfahren gegen die schuldigen Studenten sind mit größter Beschleunigung durchzuführen. Ich erwarte, daß einzelne Fälle in den nächsten Tagen abgeurteilt werden.

2. Da bei den Vorkommnissen Zuwiderhandlungen gegen das Strafrecht begangen worden sind — in Betracht kommen vor allem die §§ 240, 113 und 123 — 125 des Strafgesetzbuches —, ist sofort Strafanzeige bei der zuständigen Staatsanwaltschaft zu erstatten und Strafantrag zu stellen.

3. Es sind alle geeigneten erscheinenden Schritte zu tun, um eine Wiederholung der Ruhestörung zu verhindern und die Durchführung der Vorlesung des außerordentlichen Professors Velling, wie jedes anderen Dozenten, sicherzustellen. Wegen der zu diesem Zwecke erforderlichen Maßnahmen ersuche ich, sich gegebenenfalls mit dem Herrn Staatskommissar in Verbindung zu setzen.

4. Falls sich weitere Störungen von Ruhe und Ordnung ereignen, wird die sofortige Schließung der Hochschule unvermeidbar sein. Die Schließung würde den Verlust eines Semesters für sämtliche Studierende zur Folge haben.

Ueber das Veranlaßte ist mir unverzüglich zu berichten. Der Inhalt meiner Anordnung ist den Studierenden sofort bekanntzugeben.

J. B. (gez.) Lammers.

Abschrift dieses Erlasses ist dem Staatskommissar der Technischen Hochschule in Hannover zugegangen. Staatskommissar ist der Oberpräsident in Hannover.

Arbeiterlöhne auf Hochschule.

Von Dr. Oscar Goeh.

Ganz mit Recht wird darüber geklagt, daß die Zahl derjenigen Akademiker, die aus Arbeiterkreisen stammen, ungewöhnlich klein ist. Die Durchdringung der republikanischen Verwaltung mit einem wirklich republikanischem Geist hängt zu einem großen Teile gerade davon ab, wie unsere künftige Beamtenschaft zusammengesetzt sein wird. Gewiß kann nicht etwa behauptet werden, daß nur aus Arbeiterkreisen republikanischer Nachwuchs kommen kann. Trotzdem ist es besonders vom sozialen Gesichtspunkt aus gesehen von großer Wichtigkeit, daß mehr als bisher Beamtenstellen durch Arbeiterlöhne besetzt werden.

Im Augenblick steht es mit dem akademischen Nachwuchs aus Arbeiterkreisen nicht gerade rosig. Im letzten Wintersemester wurden die deutschen Universitäten von insgesamt 49 000 Studenten besucht. Nur 499 davon, also 1 Proz., waren Söhne von Arbeitern. Von diesen studierten 60 in Berlin, 72 in Bonn, 30 in Breslau, 5 in Erlangen, 4 in Frankfurt, 25 in Gießen, 10 in Göttingen, 3 in Greifswald, 8 in Halle, 56 in Homburg, 29 in Jena, 1 in Kiel, 80 in Köln, 4 in Königsberg, 8 in Marburg, 4 in München, 47 in Münster und 4 in Würzburg. In Heidelberg und in Freiburg studierte kein Arbeitersohn.

Nach ungünstiger ist das Gesamtverhältnis an den Technischen Hochschulen. Diese wiesen im letzten Wintersemester 17 700 Studierende aus, darunter nur 88 Arbeiterlöhne, d. h. 0,5 Proz. Auf die einzelnen Hochschulen verteilen sich diese folgendermaßen: München 11, Charlottenburg 27, Braunschweig 7, Breslau 7, Darmstadt 12, Hannover 18, München 6. In Karlsruhe studierte kein Arbeitersohn, so daß, was Wunder nehmen möchte, gerade in den drei Hochschulen des Ruhrlandes Baden kein einziger Arbeitersohn seine akademische Ausbildung genießt.

Die Zusammensetzung der übrigen Studentenschaft ist übrigens für die Beurteilung der Möglichkeiten, die der Weiterentwicklung des Volksstaates gegeben sind, nicht ohne Bedeutung. An den deutschen Universitäten studieren gegenwärtig nicht weniger als 19 500 Beamtenlöhne, d. h. 39,9 Proz. der deutschen Studentenschaft stammt aus den Kreisen, die überwiegend der neuen Staatsform zum mindesten ohne Sympathie gegenüberstehen. Die Söhne von Landwirten, deren politische Einstellung überwiegend antirepublikanisch ist, stellen 7,5 Proz. der Studentenschaft dar. Aus Handel und Industrie stammen 36,8 Proz. Die im allgemeinen freibeitlich eingestellten freien Berufe entsenden nur 9,8 Proz. der heutigen Studenten an die Universitäten. Soweit man überhaupt vom Beruf auf die politische Einstellung schließen kann, ist dieses Bild nicht sehr hoffnungsfroh, wenn nicht diese Söhne politisch ganz anders eingestellt sind als ihre Väter.

nopol einzukaufen, war gemacht worden, aber die Beamten hatten das abgelehnt.

Jedenfalls haben Europas Zeitungsleser, die in ihrer Harmlosigkeit die tropfenweise und verspätet eingetroffenen Nachrichten von Amundsen's Fahrt natürlichen Ursachen zuschrieben, allen Grund, das Profilitätren der amerikanischen Zeitungsunternehmungen als maßgebenden Faktor im Nordpolspott zu erkennen.

Schreibmaschinennormung. Die Anzahl der verschiedenen Schreibmaschinensysteme macht nicht nur den Besitzer dauernd vom ersten Lieferanten abhängig, sondern verursacht selbstverständlich auch eine ganz überflüssige Teuerung und damit Abhaherschwerung. Der Normalausdruck der deutschen Industrie will jetzt auch diesem Unfug zu Leibe gehen und hat einen Normungsplan für die Schreibmaschinenerstellung ausgearbeitet. Zunächst sollen alle Farbbänder auf die einheitliche Breite von 13 Millimeter gebracht, zugleich die Farbbänderrollen und Halter so hergestellt werden, daß sie auf Maschinen aller Fabrikate passen. Für die Gummivalzen wird ein einheitlicher Durchmesser von 4,45 Zentimeter vorgeschlagen, womit eine Normung der Typen verbunden sein soll, die bisher immer dem jeweiligen Krümmungswinkel der Walzen von verschiedenem Durchmesser angepaßt sein mußten. Ferner ist die Normung einer Reihe von Einzelteilen, wie Zeilenschalter, Leistenköpfe und Hebel usw. vorgesehen.

Am bedeutungsvollsten aber ist die projektierte Gleichmäßigkeit der Buchstabenanordnung. Sie soll auf allen Maschinen so eingerichtet werden, daß nicht nur das Zeilenschriftschreiben ermöglicht oder erleichtert wird, sondern auch deutsch, französisch und englisch auf derselben Maschine geschrieben werden kann.

Auch die Konsumenten werden eine solche Vereinheitlichung der Schreibmaschinen begrüßen können, wenn sie an der damit verbundenen Verbilligung der Erzeugung Teil haben. Leider ist man nicht so pessimistisch, wenn man in dieser Richtung Befürchtungen ausspricht.

Der neue Celler der österreichischen Bundestheater. Der bisherige Besitzer österreichische Generalconsul Franz Schneiderbauer wurde zum Generaldirektor der österreichischen Bundestheater ernannt und hat sich grundsätzlich zur Uebernahme dieses Amtes bereit erklärt.

Nach ein Pol-Sporflug. Die römische Blätter aus Buenos Aires melden, plant Amundsen eine Expedition nach dem Südpol. An der Fahrt sollen Robie und Eklworth teilnehmen. Der Flug soll von den Galapagos-Inseln ausgehen.

Gründung eines deutsch-japanischen Kulturinstitutes. Um die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan enger zu gestalten, wurde seit langem beabsichtigt, ein deutsch-japanisches Kulturinstitut zu gründen. Die Verhandlungen darüber sind nun zum Abschluß gebracht worden und die Gründung des Deutschen Japaninstitutes ist erfolgt. Zu korrespondierenden Mitgliedern sind eine Reihe führender Wissenschaftler aus beiden Ländern ernannt worden.

Das Einstein-Institut an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Mit dem Neubau des Einstein-Institutes für Mathematik und Physik, für das Baitenberg aus Amerika 100 000 Dollar gespendet hat, ist jetzt begonnen worden. Man hofft, das Institut zusammen mit dem Neubau für die Nationalbibliothek und für das Jüdische Institut noch in diesem Jahr einweihen zu können.

Berlepsi.

Der Gründer der Gesellschaft für Soziale Reform gestorben.

Auf seinem Gute Seebach im Kreise Langensalza ist der frühere preussische Handelsminister Freiherr von Berlepsch im 84. Lebensjahre gestorben.

Berlepsch' Name bedeutete lange Zeit ein Programm. Denn dieser aus der alten preussischen Verwaltungskarriere stammende, noch zu Bismarcks Zeiten zum Handelsminister in Preußen ernannte Mann hatte lange vor den meisten seiner Amtsgenossen die Notwendigkeit begriffen, durch sozialpolitische Gesetzesmaßnahmen der Arbeitskraft größeren Schutz zu gewähren und dadurch der Wirtschaft wie dem Staat zu dienen.

Aber gerade durch diese Richtung seiner Tätigkeit zog er sich den Zorn der Scharfmacher im Lager der Schwerindustrie in einem so hohen Maße zu, wie kaum ein anderer Minister der Kaiserzeit.

Ihm galt das brutale Wort, daß dem Minister „der Herr-im-Hause-Standpunkt ins Auge gerückt“ werden müsse. Gegen ihn intrigierten die Scharfmacher so lange und so betriebfam, bis er, im Jahre 1896, von seinem Ministeramt zurücktreten mußte.

Aber er gab das Rennen nicht auf, sondern widmete sich nun als Privatmann ganz der Propaganda für Sozialpolitik. In der Gesellschaft für soziale Reform, zu deren Mitgründern er gehörte, hat er jahrzehntelang eine eifrige und erfolgreiche Werbearbeit für den sozialen Gedanken geleistet. Ihm gelang es auch vor dem Kriege schon, die Gewerkschaften zur Mitarbeit an dieser Gesellschaft zu gewinnen. Seine Tätigkeit war vollkommen frei von dem Ständes- und Klassenbündel, der sonst die Bureaucraten jener Zeit zu beherrschen pflegte. Und der Haß, der ihm aus den Kreisen der Schwerindustriellen entgegenlohte, hat ihn von den Resten solchen Dünkels sicher noch früher befreit, als das ohnehin geschehen wäre.

Es gab ehemals sehr wenige Politiker aus dem bürgerlichen Lager, die für die soziale Entwicklung und soziale Notwendigkeiten Verständnis aufbrachten. Wenn in den letzten Jahrzehnten der Gedanke der sozialen Verpflichtung gegen die Arbeitsblenden immer mehr Raum auch in der Vorstellungswelt des Bürgertums gewann, so hat Freiherr von Berlepsch ein sehr großes Verdienst daran. Sein Name wird deshalb auch in den Kreisen der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft einen guten Klang behalten.

Das Ende einer Hez.

Vorläufiger Abschluß im Nordhäuser Sparkassenprozeß.

Das Reststreitigen gegen den sozialistischen Landrat Knodt-Nordhausen, das von den Deutschnationalen, vaterländischen Verbänden, vom Landbund und von allen bürgerlichen Ordnungsparteien im Sommer 1924 gegen den verhassten politischen Gegner und Gründer des Reichsbanners im Gau Thüringen mit den verwerflichsten Mitteln eingeleitet und betrieben wurde, hat in neuntägiger Sitzung des erweiterten Schöffengerichts sein vorläufiges Ende gefunden. Sämtliche Behörden stellten dem Landrat das allerbeste Zeugnis aus. Der Vertreter der Regierung, ein ehemaliger deutschnationaler Landrat, nannte den Genossen Knodt einen mutigen Verwaltungsbeamten, der als echt sozialistischer Landrat seine Hauptaufgabe darin gesehen habe, den von der wirtschaftlichen Not am meisten bedrückten Ständen, Arbeitern, Handwerkern und Mittelstand, zu helfen. Er sei neue Wege gegangen, selbst auf die Gefahr hin, mit der Disziplinarbehörde in Konflikt zu kommen. Aber niemals hätte diese Disziplinarbehörde nach dem Staatsanwalt geschrien. Auch seine Sparkassenpolitik sei darauf eingestellt gewesen, an damals noch leistungsfähigen Handels- und Industriefirmen zu verdienen, um Betriebskapital für die notleidende Masse zu schaffen. Mit dem durch die Inflation notwendig gewordenen bankmäßigen Arbeiten sei selbstverständlich auch ein Risiko verbunden. Wenn Geschäfte abgeschlossen wurden, die sich später als Verlustgeschäfte herausstellten, so sei das zwar bedauerlich, niemals aber von dem Landrat beabsichtigt gewesen. Die ehrenvolle Absicht, stets das Beste für seinen Kreis im Auge gehabt und nie im Sinne des § 266,2 StGB. gehandelt zu haben, mußten ihm selbst seine politischen Gegner bezugehen. Eine ganze Anzahl von Sachverständigen kam übereinstimmend zu der Ueberzeugung, daß für die Geschäftsführung der Sparkasse die Direktion, niemals aber der Landrat verantwortlich gemacht werden könne.

Trotzdem kam das Gericht zur Verurteilung des Landrats und seiner beiden Direktoren, weil es über den § 266 hinweg eine Reichsgerichtsentscheidung zur Begründung heranzog, wonach die Angeklagten zu verurteilen sind, wenn sie auch nur mit der Möglichkeit einer vorübergehenden Gefährdung von Vermögenswerten rechnen konnten. Von 24 Fällen wurde Landrat Knodt in 20 Fällen freigesprochen, in 4 Fällen anstatt einer verwirkten Gefängnisstrafe von 6 Wochen zu einer Geldstrafe von 1200 Mark verurteilt. Die beiden Sparkassendirektoren erhielten an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 10 Wochen 5 Tagen bzw. 22 Tagen eine Geldstrafe von 750 bzw. 330 Mark.

Das Urteil hat bei der gesamten Bevölkerung großes Aufsehen erregt, weil man nach der Beweisaufnahme und dem Plädoyer des Staatsanwalts, über dessen Anträge das Gericht in seinem Urteil über das Dreifache hinausging, allgemein mit dem Freispruch sämtlicher Angeklagten rechnete. Der Verteidiger des Landrats Knodt, Rechtsanwalt Dr. Oster Cohn-Berlin, hat Berufung eingelegt.

Bauernunruhen in Polen.

Verweigerung der fast Landlosen.

Warschau, 3. Juni. (OE.) Die Maloorgänge in Warschau sind nicht ohne beunruhigende Nachwirkungen in der Provinz geblieben, von wo mehrere Fälle von ersten Bauernunruhen gemeldet werden. In den zentralen Woiwodschaften Kjezle und Lublin ist es, wie die „Rzeczpospolita“ meldet, zu widerrechtlicher Besetzung und Ausholzung staatlicher Forsten durch die Bauern gekommen, ja sogar zum Versuch einer Aufteilung von Privatgütern. Im Bezirk Kjezle sind sechs Gutshäuser von Bauern völlig ausgeplündert worden. In den beiden genannten Woiwodschaften ist zur Wiederherstellung der Ordnung Militär eingesetzt worden. Aus mehreren Ortschaften in den polnischen Ostmarken wird über Verweigerung der Steuerzahlungen durch die Bauern berichtet, was auf kommunistische Propaganda zurückgeführt wird.

Wir geben die vorstehende Meldung mit Vorbehalt wieder, zumal das als Quelle angegebene Blatt keineswegs pöbelstündlich ist, also möglicherweise eine Tendenzmeldung vorliegt, die zeigen soll, wie der Umsturz alle Bande frommer Scheu gelöst habe. Immerhin ist es durchaus möglich, daß die verelendeten Zwergbauern nun den Versuch machen, die Bodenreform selbst durchzuführen.

Moskistis Vereidigung.

Warschau, 3. Juni. (W.B.) Es mußte von der Absicht, die Vereidigung des neuernannten Staatspräsidenten Ignaz Mosciski im alten Königsschloß vorzunehmen, Abstand genommen werden, da es sich herausstellte, daß der große Empfangssaal nicht alle

Entscheidungen am Sonntag.

In Schaumburg-Lippe und in Mecklenburg.

Solange in dem kleinen Freistaat Schaumburg-Lippe eine sozialdemokratische Mehrheit bestand, wurde von allen bürgerlichen Leuten die Frage des Anschlusses an Preußen als eine Partei-sache erklärt. Weil die dortige Sozialdemokratie bereit war, über die staatliche Selbständigkeit und den Anschluß an ein anderes Land mit sich reden zu lassen, wurde sie als „national nicht genügend zuverlässig“ bekämpft. Jetzt, nachdem die bürgerliche Mehrheit ihre völlige Unfähigkeit bewiesen hat, und die Selbständigkeit des Landes in größter Gefahr ist, wird die Frage des Anschlusses als eine überparteiliche bezeichnet. Am kommenden Sonntag, dem 6. Juni, soll nun eine Art Volksentscheid über die Eingliederung Schaumburg-Lippes in das preussische Staatsgebiet stattfinden.

Auf Grund der Reichsverfassung soll die Gliederung des Reiches in Länder unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung durchgeführt werden, um so der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes zu dienen. Umgruppierungen der Gebiete können erfolgen durch ein verfassungsänderndes Reichsgesetz oder, wenn die unmittelbar beteiligten Länder zustimmen, durch ein einfaches Reichsgesetz. Der Abstimmung am Sonntag kommt mehr die Bedeutung einer Befragung über den Anschluß zu, als einer Entscheidung. Das wird auch schon dadurch bestätigt, daß als Wille der Bevölkerung die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen angesehen wird, während sonst die Reichsverfassung vorsieht, daß zum Beschluß einer Gebietsänderung drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich ist. Trotzdem aber hat die Abstimmung am Sonntag eine besondere Bedeutung, denn es soll durch sie der Wille der Bevölkerung festgestellt werden. Deshalb lautet auch die Fragestellung auf dem Stimmzettel: Soll Schaumburg-Lippe an Preußen angeschlossen werden? Die Wähler haben darauf mit einem „Ja“ oder mit „Nein“ zu antworten.

Mit Rücksicht auf den Wert der Befragung hat die Landesregierung eine Denkschrift herausgegeben. Danach hat Schaumburg-Lippe einen Flächeninhalt von 340 Quadratkilometern. Die ortsanwesende Bevölkerung bestand am 18. Juli 1925 aus 11138 Haushaltungen mit zusammen 48660 Personen, von denen 24250 als im Hauptberuf erwerbstätig festgestellt wurden. Im Lande sind zwei Städte, 92 Dörfer und 13 Gutsbezirke. Die Städte haben eine selbständige Verwaltung. Die Dörfer sind in die Kreise Budeburg und Stadthagen zusammengefaßt. Der durchweg fruchtbare Boden des Landes ist überall ausgenutzt und wird von Bauern und Arbeitern bewirtschaftet. Ein großer Teil der Bevölkerung ist in einem Bergwerksbetriebe beschäftigt, der zum Bergamt Oberniedern gehört. Von den Anteilen an diesem Wert besitzt Preußen vier Sechstel und Schaumburg-Lippe zwei Sechstel. Vor kurzem hat der frühere Fürst sein Sechstel an Preußen verkauft und damit Preußen die absolute Mehrheit gesichert! Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande sind leidlich entwickelt, doch herrscht auch hier infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise größere Not.

Entsprechend vereinbarten Richtlinien zeigt Preußen gegenüber Schaumburg-Lippe ein starkes Entgegenkommen. Für die beiden letzten Jahre hatte der Kleinstaat einen Fehlbetrag von weit über 800 000 Mark. Aus dem ländlichen Lande soll ein preussischer Kreis gebildet werden mit dem Namen Schaumburg-Lippe. Der Anschluß ist beabsichtigt an die Provinz Hannover, weil auf diese Weise sich die Organisationsfragen am einfachsten

regeln lassen sollen. Die Städte werden dann selbständige Städte im Sinne der hannoverschen Kreisordnung, d. h. sie führen die Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung und der Polizei unmittelbar unter dem Regierungspräsidenten, sind aber, was die wirtschaftliche Selbstverwaltung anlangt, Teile des Kreisverbandes. Bis zur neuen Provinziallandtagswahl in der Provinz wählt der Kreis zwei Provinziallandtagsabgeordnete für sich. Der Kreisrat besteht aus 24 Abgeordneten.

Sollte sich am 6. Juni die Mehrheit der Bevölkerung für den Anschluß an Preußen aussprechen, so würde ein Staatsvertrag zwischen Preußen und Schaumburg-Lippe abzuschließen sein, der alles weitere zu regeln hat.

In Mecklenburg-Schwerin, noch wie vor dem Kriege die Hochburg junckerlicher Reaktion, fällt am Sonntag die Entscheidung über die Zusammenfassung des fünfjährigen Landtages. Die vorzeitigen Landtagswahlen — das Mandat des Landtags lief bis zum Frühjahr 1927 — hat der Landbund, der unter der Führung des Rapp-Putschisten Dr. Wendhausen steht, erzwungen. Den Großgrundbesitzern war infolge der Bortelle und Liebesgaben, die ihnen die Regierung Brandenstein in den letzten zwei Jahren zugesichert hatte, der Kamm so geschwollen, daß ihre Unerschämtheit im Fördern überhaupt keine Grenzen mehr kannte, so daß selbst die deutschnationalen Regierung schließlich erklären mußte: Bis hierher und nicht weiter! Als die Regierung Brandenstein ihr Amt antrat, übernahm sie von dem Kabinett des Genossen Stellung bare 6 Millionen als Uebererschuß. Die neue Regierung wird als Folge der junckerlichen Miswirtschaft eine Schuldenlast von rund 10 Millionen vorfinden. Dennoch hat der Landbund seine Regierung — von Brandenstein stand vorher selbst an der Spitze des Mecklenburgischen Landbundes — zur Strecke gebracht, als sie nicht mehr willfährig war.

Hinter der Regierung standen bisher 37 Abgeordnete (19 Deutschnationalen, 13 Völkische und 5 Volksparteiler); die Opposition setzte sich zusammen aus 15 Sozialdemokraten, 9 Kommunisten, 2 Demokraten und einem Wirtschaftsparteiler. Nicht weniger als neun Wahllisten bewerben sich jetzt um die Stimmen der Wähler, darunter auch die Hausbesitzer und Mieter mit eigenen Listen.

Die Aussichten für die Linksparteien sind sehr günstig. Die Rechte hat in ihrer zweijährigen Herrschaft völlig abgemwirtschaftet. Alle Lasten wurden den Ärmsten der Armen aufgebürdet. Für die Arbeitslosen bekam die Regierung zwar 1% Millionen Mark, ausgegeben hat sie nur 91 000 Mark. Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene hat sie mit der Mietzinssteuer belastet und deren Erträgnis bis zu 85 Proz. für Staatsausgaben verwandt. Dafür wurden dem Großgrundbesitz nicht nur die Steuern gestundet, sondern weitgehende Kredite gewährt.

Andererseits tobt im Lager der Rechten der größte Zer-segungskampf. Von den Völkischen haben sich die Nationalsozialisten gespalten, beide zusammen befehlen im Wahlkampf rück-sichtslos die Deutschnationalen. Somit besteht die Hoffnung, daß auch Mecklenburg-Schwerin nach zweijähriger Unterbrechung wieder eine von fortschrittlichem Geiste erfüllte republikanische Regierung erhält, die Mecklenburg aus den Klauen des Landbundes reißt und zum Volksstaat im Rahmen der deutschen Republik macht.

Teilnehmer fassen kann. Somit wird die Feier morgen mittig im Sejngebäude abgehalten werden. Es wird angenommen, daß die Regierung Partei morgen zurücktreten werde, doch hält man es für wahrscheinlich, daß Partei wiederum mit der Kabinettsbildung betraut wird, obgleich Partei mit Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand darauf gern verzichten möchte. Gelegentlich der zu erwartenden Umbildung des Kabinetts sind auch Versuche im Gange, Streunski für das Außenministerium, das jetzt bloß durch einen Leier besetzt ist, zu gewinnen.

Frankreich und der Russenvertrag.

Locarnodebatte im Senat.

Paris, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung des Senats stand als erster Punkt die Ratifikation der Locarno-Verträge. Die Ratifikation wird von der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten empfohlen. Senator Lemery beantragte trotzdem die Vertagung der Erörterung bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Zur Begründung seines Antrages führte er aus: Für unsere Sicherheit gibt es drei Mittel: 1. materielle Zwangsmassnahmen, damit Deutschland sich entwaffnet, 2. Drohungen mit schrecklichen Sanktionen, 3. ein Bündnis mit Deutschland, welches an sein Rechtsgesühl appelliert. Die erste Lösung ist die Rhein-grenze. Sie wurde in Versailles verworfen. Die zweite ist ein Sicherheitsvertrag mit England und Nordamerika, den die Vereinigten Staaten ablehnten. Das dritte Mittel sind die Verträge von Locarno. Sie bieten aber keine größere Sicherheit als der Versailler Vertrag, da Deutschland in ihnen nur verspricht, einen Teil der Verpflichtungen von Versailles durchzuführen. Auch die Schiedsgerichtsverträge sind nichts Neues, da sie im Statut des Völkerbundes vorgesehen sind. Es gibt einen Geist von Locarno. Indem Deutschland sich zu ihm bekennt, bricht es mit seiner traditionellen Politik, die auf dem Glauben gegründet ist, daß Macht vor Recht geht. Aber die Lage ist vollständig verändert worden durch die

Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages

vom 24. April 1926. Dieser Vertrag stellt den Versuch einer Offensive gegen den Völkerbund dar. Deutschland und Rußland vereinigen sich gegen den Völkerbund. Deutschland sagt zu Rußland: Ich werde dich in Genuß vor den Richtersprüchen des Bundes schätzen, wenn diese dir gefährlich werden. Artikel 1 des deutsch-russischen Vertrages beraubt den Völkerbund seines moralischen Prestiges, Artikel 2 nimmt ihm seine Schiedsgerichtsbarkeit, Artikel 3 macht seine einzige Waffe, den wirtschaftlichen und finanziellen Boykott, zunichte. Dank den deutschen Bundesgenossen haben die Sowjets nichts mehr vom Völkerbund zu befürchten. Kurzum, der deutsch-russische Vertrag ist ein Versuch, das Werk des Völkerbundes zu neutralisieren. Wenn ich einen Beweis dafür brauche, so würde mir dafür der einmütige Beifall genügen, den die deutschen Nationalisten und Kommunisten dem Vertrage gezollt haben. Wir wollen nicht, daß Frankreich der Narr sei. Die Schneide der Sichel ist gegen den Völkerbund gerichtet. Erst muß Deutschland sich feierlich und öffentlich über seine Absichten äußern. Dazu wird sein Eintritt in den Völkerbund ihm Gelegenheit geben. Erst dann werden wir den Vertrag ratifizieren.

Ministerpräsident Briand

erwiderte: Ich widersetze mich einer Vertagung. Sie kommt einer Vernichtung der Locarno-Verträge gleich. Wenn Sie vertagen, kann ich nicht mehr länger an meinem Platte bleiben. Jetzt ist der Augenblick, wo der Senat die Verträge bis auf den Grund durch-

debattieren muß. Wir dürfen Deutschland durch die Nichtratifikation keinen Vorwand bieten, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen. Das wäre katastrophal. Ich wiederhole: Wenn Sie die Vertagung beschließen, gibt es keine Locarno-Verträge mehr!

Der ehemalige Unterrichtsminister im Kabinett Herriot, Francois Albert, erklärt: Der deutsch-russische Vertrag ist ein schwerer Rückschlag. Ich weiß nicht, ob der Ministerpräsident aus ihm Vertrauen für die Zukunft schöpft. (Bravo ruft: Aber ja!) Man sagt, Deutschland habe sich im Grade seiner wachsenden Isolierung an Rußland angeschlossen, aber nach Locarno ist Deutschland nicht mehr isoliert. Die übrigen Mächte haben Locarno ratifiziert, bevor der Vertrag mit Rußland bekannt wurde. Wir stehen vor einer neuen Situation. Auch unsere auswärtige Kommission hat die Verträge gutgeheißen, als der deutsch-russische Vertrag noch nicht bekannt war.

Die Sitzung wird dann unterbrochen. Nach Wiederaufnahme lehnt der Senat mit großer Mehrheit den Vertagungsantrag Lemery ab, worauf der Berichterstatter Labrousse die Ratifikation der Locarno-Verträge empfiehlt. Millerand sagt: Diplomat sein heißt: von zwei Uebeln das kleinere wählen. Die Uebel der Locarno-Verträge sind groß. Locarno ist geboren aus dem Verlangen der Vereinigten Staaten, Bringen die Locarno-Verträge die Garantie, die Amerika nicht gebracht hat?

Nach weiterer Debatte wurde die Weiterberatung auf Freitag nachmittag vertagt.

Lloyd George abgelehnt.

Mit Dank von der britischen Arbeiterpartei.

London, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die vielerörterte Frage der politischen Zukunft Lloyd Georges, dessen Verbleiben bei den Liberalen unmöglich geworden ist und von dem allgemein behauptet wird, daß er nunmehr Anschluß an die Arbeiterpartei suchen werde, gab am Donnerstag MacDonald Veranlassung, dem einstigen Führer der Liberalen deutlich abzuwinken. Es könne höchstens, so erklärte MacDonald, die Rede sein von einem Anschluß an die Kommunisten, die Arbeiterpartei sei eine viel zu solide und ernste Organisation, als daß eine so flatterhafte politische Erscheinung wie Lloyd George in ihr einen Platz finden könnte.

Die sauren Trauben.

London, 3. Juni. (W.B.) Lloyd George stellt formell in Abrede, daß er die Absicht hätte, der Arbeiterpartei beizutreten.

Taktischer Sieg Lloyd Georges?

London, 3. Juni. (W.B.) Heute nachmittag fand eine von Lloyd George „zur Erwägung der Haltung der Partei gegenüber der Lage im Kohlenbergbau“ einberufene Sitzung der liberalen Parlamentspartei in einem der Ausschußzimmer des Unterhauses statt. Nach Schluß wurde eine vereinbarte Mitteilung ausgegeben, worin es heißt, Sir John Simon, Runciman und Sir Godfrey Collins seien nach einer sehr eingehenden Erörterung der politischen Lage ersucht worden, „die Meinung der Versammlung Lord Oxford zu übermitteln“. Die Sitzung vertagte sich bis nächsten Dienstag. Es herrschte der Eindruck vor, daß das Ergebnis und die Vertagung der Zusammenkunft bis Dienstag einen taktischen Sieg für Lloyd George bedeute.

Gewerkschaftsbewegung

Was der Arbeiterschaft heute alles geboten wird!

Zwangsfotographieren zu schwarzen Listen.

Die Firma Lautenschlager, Charlottenburg, Südfer, nahm sich heraus, ihrer Belegschaft durch Anschlag folgendes zu detreduieren:

„Zur Vervollständigung unserer Personalakten benötigen wir von jedem Arbeiter (einschl. Lehrlinge) ein mit eigener Unterschrift versehenes Lichtbild.“

Die einzelnen Aufnahmen werden im Laufe der Woche von unserem Photographen nach Arbeitschluss in der Fabrik vorgenommen.

Die Aufnahmen finden statt:

| | | |
|--------------|---------------------------|--------|
| am 1. 6. 28. | für die Anfangsbuchstaben | A — F |
| 2. 6. 28. | „ | G — K |
| 3. 6. 28. | „ | Kl — M |
| 4. 6. 28. | „ | S — Z |

Die Arbeiter unseres Tochterwerkes L. u. J. G. m. b. H. sind hiermit einbezogen.

Die kurzzeit in der Chausseestraße beschäftigten Arbeiter werden ebenfalls im Laufe dieser Woche aufgenommen. Den Tag hierfür wird nach Herr Richtberg bekanntgeben.

Die fertigen Bilder sind mit eigener Unterschrift versehen im Betriebsbureau an Herrn Bichel abzugeben.

Stempel.

Die Betriebsleitung.

Wenn die Arbeiter schon einmal wie Verbrecher oder solche, die es in den Augen der „schneidigen“ Betriebsleitung eventuell werden können, behandelt werden sollen, weshalb nicht gleich Fingerabdrücke? Sie erst von den Lichtbildern nach Unterschrift abzunehmen, ist doch umständlicher.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes hat ihren dort beschäftigten Mitgliedern den Rat erteilt, sich dem unverschämten Anfinnen nicht zu unterwerfen.

Die Betriebsleitung spekuliert offenbar darauf, daß die Befürchtung, arbeitslos zu werden, derart stark sei, daß sie den Arbeitern alles bieten kann. Diese Spekulation stellt einen blanten Erpressungsversuch dar. Die Arbeiterschaft ist es sich selber schuldig, sich energisch dagegen zu wehren. Sonst folgen der Firma Lautenschlager bald die ganzen Metallbetriebe. In moderner Ausgestaltung der Betriebe fehlt es angeblich an Geld. Zu Korruptionsskandalen, schwarzen Listen und dergleichen Hinterhältigkeiten aber ist stets Geld genug da.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Annäherungsveruch der Unternehmer.

London, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergbauunternehmer haben am Donnerstag einen Schritt unternommen, der darauf hindeutet, den toten Punkt in der Kohlenkrise zu überwinden. Als Ergebnis einer Sitzung des Vorstandes der Unternehmerorganisation hat deren Vorsitzender Williams einen persönlichen Brief an Herbert Smith, den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, gerichtet, in dem dieser eingeladen wird, sich mit einem kleinen, aus Unternehmern zusammengesetzten Ausschuss zu treffen, um, wie es in dem Schreiben heißt, festzustellen, ob angesichts der schweren Wirkungen der Krise auf die britische Industrie und der großen Not unter den Bergarbeitern irgendeine Aussicht auf Erfolg vorhanden wäre, falls die offiziellen Verhandlungen wieder aufgenommen würden. Da der Vorsitzende des Bergarbeiter-

verbandes sich aus Anlaß einer Sitzung der Bergarbeiterinternationale in Brüssel aufhält, ist bis zu seiner Rückkehr keine Aenderung der Lage zu erwarten. Der Schritt der Unternehmer ist eine Folge des Druckes, der von der Schwerindustrie und den Großbanken auf die Bergbauunternehmer ausgeübt worden ist, angesichts der verheerenden Rückwirkungen der Krise auf die übrigen Industrien.

Seit Donnerstag erscheint zum ersten Male eine Zeitschrift „Der Bergarbeiter“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Falschmeldungen der kapitalistischen Presse in der Bergbaubau entgegenzutreten. Der Herausgeber der Zeitschrift ist der Chefredakteur des „New Leader“.

Die Bergarbeiterinternationale und der Streik.

Brüssel, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Freitag tritt in Brüssel ein internationales Bergarbeiterkomitee zusammen zur Besprechung der englischen Streiklage. Von den Engländern kommen außer Hodges noch Smith, Cool und Richardson.

Keine Ueberlichkeiten im deutschen Bergbau!

Bochum, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband veröffentlicht in der „Bergarbeiter-Zeitung“ folgenden Aufruf: „Wo im Bergbau Ueberlichkeiten zum Zwecke der Kohlengewinnung verlannt und geleistet werden, verdrängt dieses Verfahren die Arbeitslosigkeit. Schon aus diesem Grunde sollte jeder Kamerad solche Ueberlichkeiten meiden und systematisch dagegen ankämpfen. Das ist heute um so notwendiger, da der bitterste Kampf in England, in seinem Ausgange von höchster Bedeutung für die deutschen Bergleute, als stützende Pflicht die Verhinderung deutscher Kohlentransporte nach England fordert. Selbst die englischen Kameraden melden die Ueberlichkeiten.“

Internationale Arbeitskonferenz.

Das faschistische Mandat widerwillig anerkannt.

Genf, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Donnerstag-Vormittagsitzung der Konferenz wurde ganz von der Debatte über das italienische faschistische Arbeitnehmermandat ausgefüllt. Den Anfang damit machte nach einer kurzen Begründung des Anerkennungsantrages der Mehrheit der Mandatsprüfungskommission Genosse Meriens mit einer Erklärung der Arbeitnehmergruppe. Sie müsse heute mehr wie je gegen die Anerkennung des faschistischen Vertreters Stellung nehmen und dagegen protestieren, daß das Internationale Arbeitsamt, wie Rossini es am Mittwoch wünschte, nur mit den italienischen faschistischen Gewerkschaften verkehren soll, sowie dagegen, daß das faschistische Gewerkschaftssystem nach einem Auspruch des italienischen Regierungsvertreters das beste sei und auch anderen Ländern anempfohlen werden dürfe.

Darauf folgte Genosse Joubert als Minderheitsvertreter in der Mandatsprüfungskommission mit einer inhaltlich wichtigen Anklage- und Rede sowohl gegen die faschistischen Gewerkschaften und ihre Gewalttaten wie gegen das neue italienische Gesetz über die Berufsgenossenschaften. Dieses Gesetz wurde von Joubert in einer Reihe von Artikeln verlesen und mit rüchtlöser Schärfe kritisiert als ein Instrument zur Erdrückung jeder Freiheit, wobei er im Falle des Anwaltsverbandes zeigte, daß man sogar so weit geht, die Berufstätigkeit zu unterbinden und unmöglich zu machen. Als Vertreter einer solchen Gewerkschaftspolitik wollen Sie, Monsieur,“ donnert Joubert dem Faschisten Rossini entgegen, „die italienische Arbeiterschaft hier vertreten? Diese wird, wenn sie heute auch getnebelt ist und sich nicht äußern kann, einmal für die Freiheit sich ebenso wehren, wie

sie gegen ihre früheren Freiheitsbedrücker es oft und schließlich erfolgreich getan hat.“

Rossini vertlegte sich in seiner Antwort, die er wieder vor halb-leeren Sitzreihen geben mußte, darauf, die Konferenz zu warnen, sich in Diskussionen über die innerpolitischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern einzulassen, und protestierte zum Schluß gegen die erfolgten Angriffe auf die italienische Regierung. Der Präsident der Konferenz gab demgegenüber sofort eine Erklärung ab, daß nicht die italienische Regierung, sondern nur ein italienisches Gesetz kritisiert worden sei, was zulässig sei.

Die Abstimmung ergab 68 Stimmen für die Anerkennung Rossinis und 31 Stimmen dagegen bei 31 Stimmenthaltungen.

Die beiden deutschen Regierungsvertreter und der Vertreter der deutschen Unternehmergruppen stimmten für das Mandat. Verschiedene Regierungsvertreter, darunter die Belgiens, Dänemarks und Schwedens, enthielten sich der Stimme.

Das neue Haus des Arbeitsamts.

An der feierlichen Eröffnung des Hauses des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, die am 6. Juni stattfindet, werden der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der französische Arbeitsminister Durafour sowie der englische Außenminister Chamberlain teilnehmen. Für das neue Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes ist von der deutschen Regierung ein Fenster gestiftet, das von Bestheim entworfen und von der Glasmalereifirma Gottfried Heinersdorff in Berlin-Treptow hergestellt worden ist. Das Fenster zerfällt in drei Teile: das Mittelstück zeigt ein Hüttenwerk; auf dem linken Teilstück sind Bergbau und Landwirtschaft, auf dem rechten Hochbau und Verkehr symbolisiert. Das Fenster wird vor dem Abtransport nach Genf wahrscheinlich im Reichstag zur Befichtigung ausgestellt werden.

Graphisches Gewerbe. Der „Künstler“ Nr. 5 ist erschienen und im Graphischen Vereinshaus, Alexanderstr. 44, abzuholen. Es ist für mittlere Verbreitung dieser Wochenpublikation zum Selbstpreis. **Der Graphische Verbandsrat.** **Traktationsantrag.** Die für nächste Woche vorzunehmende Traktationskassa findet in 16 1/2 statt.

Drei Gewerkschaftsjahres. Die für Montag, 7. Juni, vorzunehmende Gruppenleiterkonferenz ist verlegt auf Montag, 14. Juni. — Heute, Freitag, 7. Juni, waren die Gruppen: Hermannplatz (Neufeld 2); Augustbeim Sandstein, 11. Söde Hochstraße, Heimelstraße, Naturwissenschaften, Pflanzgarten, — Weibing 1; Jugendheim, Eobdthaus, Weibing, Gerichte, 6. Juni, Heimelstraße, Lieber auf Seite: „Hofmann kommt“. — Oberbürgermeister Gruppenheim, Lauritz Str. 2 (Kaiserhof), Heimelstraße und Ausprobieren über unsere Betriebsverhältnisse.

Wohnung. Zimmerer. Alle Verbandskassen werden hierdurch auf folgende Personalausgaben hinweisen und ersuchen für deren Bedarf vorzusehen: Heute, Freitag, 7. Juni, Funktionärskonferenz im Gewerkschaftshaus, Söde 5. — Sonntag, 8. Juni, 6. und Sonntag, 7. Juni, in allen Bezirken Bezirksversammlungen. Der Bezirk 11 Sonntag bei Hofstra, Fernimstraße; der Bezirk 12 Freitag am Sonntag bei Hofstra, Fernimstraße. — Dienstag, 8. Juni, Schlichterkonferenz, und zwar wegen der Ferienvertretung nach 11. Bezirkstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Reichstraße 11. **Verband der Gewerks- und Schlichter.** Erhalten Sie und Friedrich: Sonntag, 6. Juni, Ausflug nach Potsdam. Reichstraße Schlichter, Zimmerer usw. Treffpunkt 7 Uhr früh vor dem Potsdamer Hauptbahnhof. Abfahrt 7 1/2 Uhr. Neue Belegkarte der Kollegen und deren Frauen ist erwünscht. Kolonnen, welche vorher ihr Wohlgefallen am Ehrenbeitrag ausübten, fahren dementsprechend früher bis Potsdam. Treffpunkt Restaurant „Potsdamerbrücke“. **Die Getreidekonferenz.**

Wohnung, Kolonne! Die Versammlung der Kolonne findet nicht am Dienstag, sondern am Montag, 7. Juni, statt. Wir bitten, alle Kollegen darauf aufmerksam zu machen. **Wohnungsrat, Nachgruppe der Kolonne.**

Respektvoll für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Göttemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kaufleute: R. B. Böcker; Cafés und Sonstiges: Fritz Reuber; Bauwesen: Ed. Glaser; fälschlich in Berlin, Berlin: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. **Wohnungsrat, Nachgruppe der Kolonne.** Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausgang: Erfrischungsräum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Obst

| | |
|---|--------------------------------|
| Tomaten Pfund 0.30 | Bananen Pfund 0.55 |
| Zitronen Dutzend 0.30 0.40 | Erdbeeren Pfund 0.85 |
| Australische Äpfel Pfund 0.48 | |

Wurstwaren

| | |
|---|---|
| Swizwurst Pfund 0.90 | Mettwurst Braunschweiger Art Pfund 1.45 |
| Landleber- u. Rotwurst 1.10 | Filetwurst Pfund 1.65 |
| Polnische Wurst Pfund 1.40 | Feine Leberwurst Pfund 1.65 |
| Große Mettwurst Pfund 1.40 | Zerelat u. Salami Pfund 1.80 |
| Speck fett u. mager, Pfd. 1.45 | Schinkenspeck Pfund 1.85 |
| Jagdwurst Pfund 1.45 | Mauschinken ca. 2 Pfund schwer, Pfd. 2.00 |
| Rosenthaler Str. Königstr. Moritzplatz: | |
| Speck- u. Dampfwurst mit 1.05 | Bier- u. Teawurst Pfund 1.75 |

| | |
|-----------------------------------|--------------------------------|
| Kolonialwaren | Puddingpulver |
| Bosn. Pflaumen . Pfund 0.30 | Vanille-Pudding Pfund 0.48 |
| Gemischt-Backobst Pfd. 0.44 | Mandel-Pudding Pfund 0.48 |
| Makkaroni Bruch Pfund 0.42 | Schokol.-Pudding Pfund 0.72 |
| Schnitt-Nudeln Elzaser Pfund 0.45 | Rote Grütze . . . Pfund 0.72 |
| Java-Reis Pfund 0.32 | Vanille-Soßen . . . Pfund 0.72 |

| | |
|--|------------------------------|
| Gebrannter Kaffee eigene Rösteret | |
| Konsum-Mischung Pfund 2.40 | |
| Haushalt-Misch. . Pfund 2.60 | Globus-Mischung Pfund 3.80 |
| Sonder-Mischung Pfund 3.00 | Residenz-Misch. . Pfund 4.20 |
| Olympia-Mischung Pfd. 3.40 | Elite-Mischung . Pfund 4.60 |

Konserven

| | | | |
|---|--|----------|----------|
| Dose 1/4 | Dose 1/2 | Dose 1/2 | Dose 1/2 |
| Stangenschnittbohnen 0.68 | Pflärsche rheinische halbe Frucht 1.45 | | |
| Junge Brechbohnen I 0.68 | Gulasch aus Rind- u. Schweinefleisch, 1/2 D. 0.63 1.20 | | |
| Junge Erbsen mittelfein 0.74 | Rindfleisch a. frisch, Pfund 2 Pfund-Dose 1.20 | | |
| Junge Erbsen fein 1.20 | Rotwurst 1 Pfund-Dose 0.70 | | |
| Kaiserschoten 1.60 | Leberwurst 1 Pfund-Dose 0.58 | | |
| Gemischtes Gemüse fein 1.30 | Corned-Beef 1/2 D. 1.65 1/2 D. 0.83 | | |
| Sellerie in Scheiben 0.80 | Prag. Bauchfleisch 1/2 D. 1.25 | | |
| Gewürzgurken rheinische ca. 2 Pfund-Dose 1.90 | Konfitüre 2 Pfund-Elmer Himbeer, Kirsch, Orange, Aprikosen, Erdbeeren . . 1.25 | | |
| Sonfgurken 7 Pfund-Dose schwäbische 1.30 | | | |
| Preiselbeeren 5 Pfd. Dose 2.00 0.82 | | | |

| | | | | | |
|------------------------------------|------|------|------|------|--------------|
| Einkochgläser ohne Ring | | | | | |
| für | 1/4 | 1/2 | 1/2 | 1 | 1 1/2 2 Ltr. |
| hohe Form | 0.34 | 0.36 | 0.38 | 0.40 | — |
| weite Form | — | 0.40 | 0.44 | 0.46 | 0.48 0.55 |
| Gummringe eng und weit 0.05 | | | | | |

Frisches Fleisch

| |
|---|
| Kalbskamm u. Brust Pfund 85 Pl. |
| Kalbsnierenbraten Pfund 90 Pl. |
| Suppenfleisch Pfund 80 Pl. |
| Schmorfleisch mit Knochen Pfund 1 M. |
| Roastbeef mit Knochen Pfund 1 M. |
| Schweinebauch m. Bellage Pfund 98 Pl. |
| Schweinerücken u. Blatt Pfund 1 05 |
| Liesen Pfd. 85 Pl. Gehacktes Pfd. 75 Pl. |

| |
|-------------------------------|
| Reh-Ragout . . . Pfund 38 Pl. |
| Reh-Blätter . . . Pfund 1 20 |

Fische

| |
|---|
| Seelachs ohne Kopf, ganze Fische Pfund 12 Pl. |
| Kabeljau ganze Fische, ohne Kopf Pfund 17 Pl. |
| Bratschollen Pfund 14 Pl. |
| Schellfische Pfund 14 Pl. |
| Makrelen Pfund 15 Pl. |
| Frische Hechte Pfund 40 Pl. 55 Pl. |
| Lebende Schleie Pfund 1 10 1 40 |
| Lebende Aale Pfund 1 10 an |

Räucherwaren

| | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| Lachsheringe große, Stck. 0.10 | Schleibücklinge . Pfund 0.68 |
| Schellfische . . . Pfund 0.30 | Aale Bund 0.58 |
| Seelachs in Stücken, Pfund 0.40 | Aale Pfund 2.45 2.85 |
| Neue Matjes-Heringe Stck. 12 Pl. | |
| Tönnchen 30 Stck 4.50 | |

Frisches Gemüse

| |
|---|
| Salat 4 Kopf 10 Pl. |
| Radieschen 4 Bund 10 Pl. |
| Rhabarber Pfund 10 Pl. |
| Kohlrabi Mandel 28 Pl. |
| Neue Kartoffeln 3 Pfund 28 Pl. |
| Grüne Gurken . . . Stck von 28 Pl. |
| Frischer Spargel Pfd. 12, 35, 45, 70 Pl. |

Käse u. Butter

| | |
|----------------------------------|-----------------------------------|
| Romator Stck 0.20 | Schweizer dän. 1.05 bevr. 1.65 |
| Limburger pomm. Pfund 0.50 | Steinbuscher vollfett, Pfd. 1.20 |
| Limburger Allgäuer, Pfund 0.68 | Münsterkäse vollfett, Pfd. 1.25 |
| Tilaster Pfd. 0.65 0.85 1.25 | Molkereibutter 1/2 Pfd. 0.78 0.87 |
| Gouda dänischer . . . Pfund 0.68 | Tafelbutter Pfund 1.70 |
| Holländer, Edamer Pfd. 0.88 | Margarine Pfund 0.56 |
| Bierkäse Allgäuer, Pfund 1.00 | |

Geflügel

| | |
|---------------------------------|-----------------------------|
| Suppenhähne . . . Pfund 1.20 | |
| Brathühner junge Stck 1.40 1.60 | Junge Enten Pfund 1.70 1.85 |
| Junge Tauben . . . Stck 0.75 | Junge Gänse Pfund 1.30 1.50 |

Konfitüren

| | |
|---------------------------------|--------------------------------|
| Sandgebäck Pfund 1.00 | Teegebäck Pfund 1.40 |
| Zwieback-Schokolade Pfund 1.12 | |

Wein

| | |
|---|--|
| Preise für 1/4 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas | Schaumwein bis 1. Juli reichhaltiger |
| Feiner Fruchtwein Johannisbeere-, Stachelbeere-, Kirsch- und Heidelbeerwein, Cyder 0.90 | Moselhochgold Flaschen- 2.60 |
| Fruchtschaumwein einschließlich Flasche 1.15 | Wagners Saar-Edelkristall blumiger Saarsakt 3.80 |
| Himbeersaft, fein 0.80 1/4 Pf. 1.40 | Kloß & Förster Wappensekt 4.20 |
| Kirschsaft 1/4 Pf. 0.75 1/2 Pf. 1.30 | |

Mosel- u. Rheinwein

bis zu 50 Proz. unter regulären Preisen, darunter

| | |
|-------------------------------------|-------------|
| 1923 Bubenheimer Monigberg | 0.75 |
| 1922 Graacher Himmelreich | |
| 1922 Wehlener Feinter | |
| 1922 Lieserer Hütlay | |
| 1922 Kestener Niederberg | 0.90 |

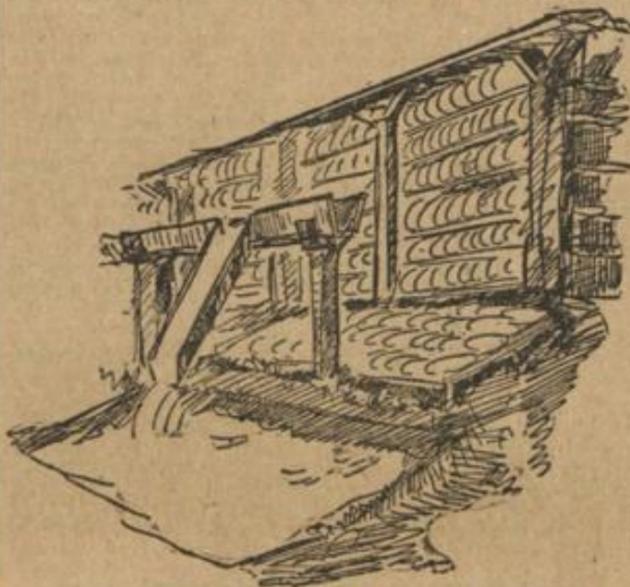
Haushalt-Artikel

| | |
|------------------------------------|--------------------------------------|
| Oberschalseife ca. 250 g Stck 0.23 | Grüne Seife 10 Pfd. 3.60 |
| Palmölseife 0.98 250 g 0.25 | ca. 2 Pfd.-Dose Elmer excl. |
| Wachskerseife weiß Stck 0.22 | Blitzblank ca. 1 Pfd., 3 Pak 0.22 |
| Elainseife 10 Pfd. 4.10 | Feinsoda ca. 2 Pfd., 2 Pak 0.25 |
| 2 Pfd.-Dose 0.85 | Bohnermasse prima Qualität 0.65 1.20 |
| Silberseife 10 Pfd. 4.10 | Netz-Wischtücher |
| 3 Pfd.-Dose 0.85 | Elmer excl. Stck 0.20 |



Reisen in die Welt, wessen Sehnsucht sind sie nicht! Und wie wenigen sind sie vergönnt! Selbst eine bescheidene Urlaubsreise an die See erlaubt oft der farge Geldbeutel nicht. Gut, daß die Gedanken umsonst reisen. Und Anregung zum Reisen haben sie genug. Und Zeit soviel ja; denn sie reisen schnell. Vor kurzem war hier vom „Bettuch und Tischdecke“ die Rede, Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die uns ein Stück Welt: böhmische Landschaft und Geschichte, vor Augen führten. Und so locken alle Dinge, die wir Tag für Tag zur Hand nehmen, zur Fahrt! — Warum nicht das Zahnpulver? Wer von uns hat schon, wenn er mit einer der vielgepriesenen Zahnpasten die Zähne bürstet, an die Kreideseifen Rügens gedacht, wenn ist zum Bewußtsein gekommen, daß er mit Resten von Seetieren, die vor Jahrmillionen ihr Leben ließen, seine Kaumwerkzeuge einer Reinigung unterzieht? Der Hauptbestandteil jedes dieser Zahnpulvermittel ist Kreide und so hat die vielleicht etwas merkwürdig anmutende Verbindung in der Ueberschrift ihre Berechtigung. Doch lassen wir die Gedanken reisen! Der D-Zug Berlin-Sahnh bringt uns von Ort und Stelle. Eine der eigenartigsten und schönsten Landschaften Deutschlands erwartet uns. Wir sind mitten im Gebiet der

weiten Bogen verliert sich das silbrige Band der Felsen in der Ferne. Stets ragt das Gestein empor. Das verwitternde Wasser hat oft phantastische Formen hervorgebracht. Berühmt sind die Wislowerklassen. Durch wild phantastisch geformte Faden, von herrlichen grauen Farbtönen von Silber bis Braun geleitet, wandert der Blick. Der Felsen wird überall von Buchenwald gekrönt. Die Wurzeln der Buchen haben sich tief in die Humusschicht getraut. Oft sind sie noch der einzige Halt dieser Erdschicht, die weit über die



schon ausgewaschene und abgestürzte Kreideseicht hinausragt. Und das Meer arbeitet immer weiter an seinem Zerstörungswerk. Wir werden uns bewußt, daß die Oberfläche unseres Erdballs einer steten Veränderung unterliegt. Das führt uns auf

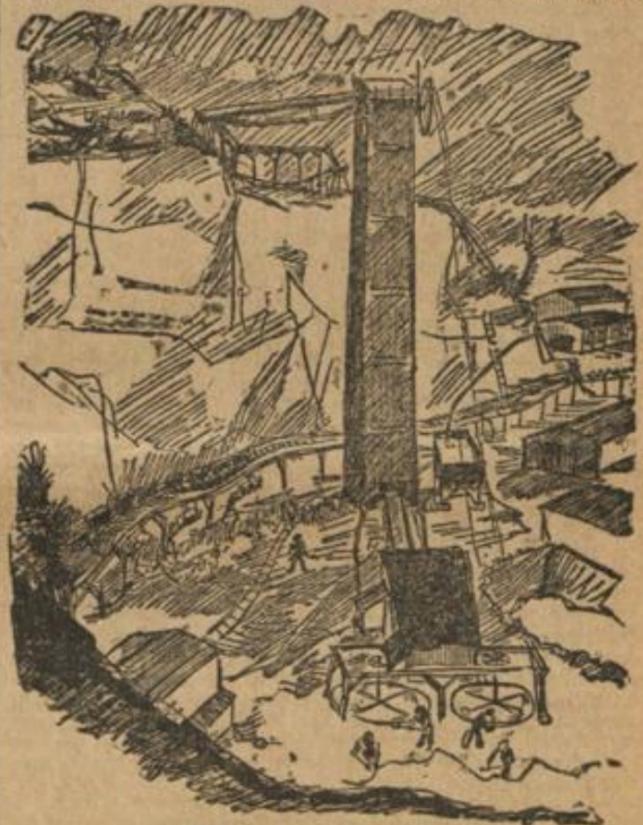
die Entstehungsgeschichte der Kreide.

Die Gedanken müssen Jahrmillionen zurückwandern in die von den Geologen als Tertiär bezeichnete Zeit, und zwar in die mesozoische Ära, das Kreidezeitalter. Der Kreideseis, der hier an der Nordküste Rügens zutage tritt, bildet den Grundbau des ganzen norddeutschen Tieflandes. In der Eiszeit wurde er von den Ablagerungen der Gletscher überdeckt und nur an ganz wenigen Stellen tritt er noch zu Tage. Hier, auf Rügen, wo durch irgendeine Bodenbewegung der Fels gehoben, und durch den Anstoß der See ein natürlicher Querschnitt durch das Land erfolgt, wird dieser Grundbau eindringlich vor Augen geführt. Entstanden ist die Kreide durch Meeresablagerung. Die ganze norddeutsche Tiefebene war von diesem Tertiärmeer bedeckt! Milliarden und Milliarden von Kalkpanzern mikroskopisch kleiner Seetiere schichteten sich nach dem Tode ihrer Bewohner übereinander. Die Größe dieser Seetiere ist

so gering, daß bei der rügenischen Kreide eine halbe Million auf den Kubikzentimeter gehen soll. Einen Beweis für diese Theorie bilden auch versteinerte größere Seetiere, die überall in die Kreide eingelagert sind. Von der anbrandenden See, die ja dauernd Kreidestein löst, werden sie ausgewaschen und jeder Besucher Rügens findet sie am Strande, den „versteinerten Seelgel“ und den „Donnerfell“ und bringt sie als Reisetrophäe nach Hause. Unter welcher Gleichmäßigkeit die Schichtung der Kreide vor sich gegangen ist, zeigen die Gesteinsstreifen, die in vielen Schichten die Kreide durchbrechen und vom Strand aus als dunkle Streifen kenntlich sind. Das sind alles wunderbar geformte Feuersteine, Konkretionen von Kieselsäure. Wenn Teile des Felsens, von Wellen und Wetter unterworfen und zerfressen, hinabstürzen und die Brandung die weichen Kreidemassen wegwascht, bleibt das härtere Material, der Feuersteinkiesel, zurück. Stellenweise bedecken sie mit anderem Geröll, das aus der oben liegenden Decke des eiszeitlichen Geschiebemergels stammt, unter dem sich oft Felsblöcke beträchtlicher Größe befinden, den Strand. Ein Badebetrieb, wie ihn die Ostsee sonst kennt, ist also hier unmöglich. Auch für die Schifffahrt sind die Gesteinsmassen nicht ohne Gefahr. Vor Stubbekammer erschrecken uns die Ueberreste eines Dampfers und eines Seglers. Noch gefährlicher ist das weiter nördlich liegende Borgebirge Arkona, wo sich eine Rettungsstation befindet. Wie leicht die Kreide verwittert, zeigt das bei unruhigem Wetter weithin weißlich gefärbte Meer. Auch die vielen kleinen Bäche, fließen wie Milch von den mitgeführten kleinsten Kreidemolekülen. Der Regen, der auf den Felsen schlägt und niedertropft, bedeckt die untenstehenden Pflanzen mit einer weichen Kreideschicht, die Natur gibt dadurch eigentlich selbst einen Fingerzeig zur

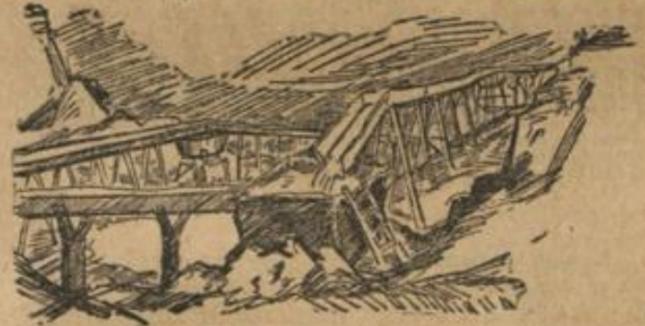
Gewinnung der Kreide.

Eine reiche Industrie hat die Kreide in der Umgebung von Sahnh entstehen lassen. Die rügenische Kreide, die hier an vielen Stellen gebrochen und geschlämmt wird, ist wegen ihrer Feinheit berühmt. Werfen wir einen Blick in eins der vielen Kreidewerke. Von der Höhe der Wand, in die sich das Werk immer mehr hineinzieht, gibt es einen Ueberblick über die ganze Fabrikation. Ein durch seine Größe überraschender Komplex liegt vor uns. Die Größe wirkt um so eindringlicher, als alles wie ausgestorben erscheint. Wäre nicht das Stampfen einer Maschine und einige drehende Räder,



Kreideseifen Rügens.

Ein Spaziergang von Sahnh nach Stubbekammer, dem Königsstuhl, der 122 Meter steil über dem Meer ragt, führt uns durch die schönsten Teile der Kreideseite. Durch den herrlichen Buchenwald geht es, der sich hier zu wundervollen Laubengängen zusammenschließt, dessen silbrige Stämme dort als Pfeiler das grüne Dombach stützen. In dämmeriger Kühle unzählige Raiglöcherchen, Anemonen, Himmelschüsselflehen, Bellöcher. Der Großstädter, der alle diese Herrlichkeiten nur an Blumenständen zu kaufen bekommt, bricht in immer neue Ausrufe des Entzückens aus. Bäche haben tiefe Schluchten in das Gestein gefressen. Treppauf, treppab führt der Pfad. Endlich ein Ausblick. Tief unten brandet das Meer. Die weichen Kreideseifen lassen es in herrlichem Blau erglänzen. In



„So is recht! Det jeht uffgesteckte Gesicht is knorke —“ sagte der Borarbeiter, und man schüttelte sich verabschiedend vergnügt die Hände.

Natürlich war man jeht an der Puffertafel auch allgemein der Ansicht, das ist „knorke“.

Die Wochen bis zu Vaters Geburtstag rannten förmlich. Vater kam zwar abends müde und abgearbeitet nach Hause, aber, immer in guter Laune, hörte er viel, wie Mutter sagte, seinen „D-Doktor“ mit Frigen ab. Sie hatten nur zwei Hörer.

Die andern aber saßen bei Mutter in der Küche und wisperten und tuschelten, und manchmal machte Frige das vierblättrige Kleeblatt komplett.

Vater hatte schon wiederholt gefragt, ob da draußen eine Verschmörung gegen ihn im Gange sei oder ein Femegericht tage.

Zwei Monate waren ins Land gegangen. Aber sie waren umwälzend für Knorkes. Kein Janz, kein Streit, sehr, sehr selten ein tadelndes Wort, und wenn mal, dann freundlich und liebenswürdig.

„Denn“ — sagte Anneliese — „unser Fräulein behauptet, jede Kritik muß aufklärend und belehrend sein, sonst ist sie ungerichtet und verlebend und ruft Trost und Eigensinn hervor.“

Das allermerkwürdigste aber war, daß solche Kritik meist von den Kindern an den Eltern geübt wurde, ohne daß diese es übel nahmen, denn die Form, in der es geschah, war nie verlebend. Daher pries Mutter Knorkes, wo sie nur eine Gelegenheit fand, die neue Schule, die ihr Friede, Freude und Glück ins Haus gebracht hatte, in allen Tonarten. Sie versuchte, soviel sie nur irgend verdauen konnte, von dem neuen modischen Krimstrams aufzuschneiden und anzumenden.

Ganz besonders mit Vater hatte es seine Schwierigkeiten. Die Eltern hatten wiederholt Schulstunden beigewohnt, waren zu den Eltern- und Jugendarbeiten gegangen und schließlich war Knorkes senior Elternbeirat geworden.

Mutter war ordentlich stolz auf ihren Mann, der nun „Ra!“ war, duldete aber nicht, daß man sie „Frau Elternbeirat“ nannte, sondern meinte, der Titel gehöre ihrem Mann, sie sei nur sein Schatten, worauf Knorkes senior mit Bezug auf ihren Umfang erwiderte: „Aber ein kräftiger Schlagschatten.“

Vater Knorkes hatte das neue Amt viel Plage gebracht; nicht, daß ihm Sittungen und Arbeit zu viel waren. Das machte ihm Freude, war er doch noch mehr als seine Frau begeistert für die neue Schule. Aber seitdem er Beirat war, hatten seine drei Rangen das Amt von Sprachlehrern ihm gegenüber ausgeübt und mit viel Liebe und Schmeichelei versucht, ihm die richtigen Begriffe des ersten, zweiten, dritten und vierten Falles beizubringen.

Knorkes wehrte sich dagegen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln: „Ich lenne schon von Martin Bendig her jeden Fall, auf den man rinfällt.“ Und wenn er sich seiner drei Sprachlehrer gar nicht erwehren konnte, erklärte er: „Die Behauptung, daß die Berliner das schlechteste Deutsch sprechen, ist eine bodenlose Verleumdung. Wenn ein Ostpreuße, Neckenburger, Frankfurter usw. ihr Kauderwelsch loslassen, dann sagt jeder: Ach, wie reizend klingt der Dialekt! Wenn aber der Berliner seinen Dialekt redet, dann soll es ein miserables Deutsch sein. Der Sachse, der alles mickelt, bei dem heißt es, das klingt süß. Der Berliner, der selbst da mir sagt, wo's richtig ist, von dem behauptet man so etwas nicht. Das ist eben die Boreingenommenheit und der Haß gegen die Berliner.“

Aber abgefürbt hatte Knorkes senior doch an seinen Bindungsstrabanten, wie er sie nannte. Und wenn er in den Elternbeiratssitzungen war, sprach er schon ganz leidlich korrekt und mußte zweifelhaft Klippen so geschickt zu umschiffen, daß selbst ein „Studierter“ nichts merkte.

Nur bei Sprachklippen, wo man ihm auf seine Frage, warum das hier so und nicht anders heißt, erklärte er ärgerlich, er würde künftig nur noch raderlateinisch sprechen. Das habe er in seiner Jugend am besten gekonnt und daran hätte niemand Kritik geübt — weiß keiner verstanden habe.

Aber schon am nächsten Tage waren seine Quälgeister wieder zur Stelle. Sie hatten sich bei „Kamerad“ Lehrer und Lehrerin nach dem „Fall“ erkundigt und verzapften nun ihre frisch bezogene Sprachweisheit an ihren armen Vater.

Auch an praktischen Beispielen ließ es besonders Anneliese nicht fehlen.

Eines Sonnabends Abend war Elternbeiratssitzung. Vater

mußte am Sonntag Familie Knorkes ausführlich über alle Vorkommnisse, auch wie nett er sich mit Lehrern und Lehrerinnen unterhalten hatte, so daß er schließlich noch bis an die Straßenecke mit se zusammen gegangen sei, berichten.

„Siehe du,“ fiel ihm Anneliese ins Wort, „hier Baß, hast du einen Sprachfehler, den du immer wieder machst, und den du dir leicht merken könntest. Immer da, wo du mit se sagst, muß es ihnen heißen.“

Knorkes senior brummte etwas in den Bari, sagte aber nichts. Als er nachmittags zu seinem Arbeitskollegen wollte, sagte er zu Anneliese: „Gib mir mal meine „Ihnen“.“

„Was willst du?“ fragte sie erstaunt.

„Meine „Ihnen“,“ lautete die Antwort, nach dem Kleiderhaken zeigend.

„Ach so,“ meinte Anneliese, „Du meinst deine Mühe?“

„Na,“ meinte Knorkes senior sarkastisch, „siehste de nu deinen Sprachquatsch ein? Erst haste ausdrücklich erklärt, überall wo ich mit se sage, muß es ihnen heißen, und nun sage ich ihnen, nun solls wieder mit se heißen. Ihr wißt ja selber nicht, was ihr wollt,“ und schmunzelnd war er zur Tür hinaus.

Drinnen brachen die beiden Jungen und Mutter in ein schallendes Gelächter aus. Anneliese stand ganz verblüfft da, bis sie schließlich, ob sie wollte oder nicht, „mit se“ mitsagte.

Als Vater Knorkes eines Tages von der Arbeit heimkam, konnte er mit seinem Schlüssel die Wohnungstür nicht öffnen, da die Sicherheitskette dorgelegt war, und er mußte eine ganze Zeit warten, bis er Einlaß fand.

Er trat dann mit den Worten ein: „Ra, was ist denn los, daß ihr heute die Kette vorlegt? Ist Mutter allein, tut sie es trotz aller Warnungen nicht.“

Da lachten alle verschämt, und Mutter sagte: „Du mußt nicht so neugierig sein.“

„Wat habt ihr denn für Igel zu küssen?“ fragte Knorkes.

„Wird nicht verraten, ist Amtsgeheimnis,“ sagte Karle.

„Du, Wichtigtus,“ antwortete Vater und packte Karle im Genick, „dir sind wohl recht lange nich die Hofen strammgezogen. Da habe ich wohl viel nachzuholen?“

„Das wäre Bruch des Friedensvertrages und würde alle Knorkes-Verbündete gegen dich mobil machen,“ erklärte Karle, der sich geschickt vom Feinde losgemacht hatte und eine gedeckte Stellung bezog, von der aus er seinem Vater zurief: „Du bestämst auch ne Anklage wegen Gefährdung des Friedens und Hochverrat.“

(Fortsetzung folgt.)

Mütter und Väter! Denkt an die Elternbeiratswahlen! Stimmt am Sonntag, den 6. Juni, für Liste „Schulaufbau“!

man könnte denken, das Werk sei stillgelegt. Die wenigen Menschen, die in dem ganzen Werk zu sehen sind, machen es noch glaubhafter, sie scheinen mit Aufmunterungsarbeiten beschäftigt. Einige schwarz schillernde, frisch geteerte Schuppenwände, die den einzigen Kontrast zu dem sonst alles überdeckenden Weißgrau der Kreide bilden, vermögen das Bild auch nicht zu beleben. Doch bald kommen wir hinter das Geheimnis: die Hauptantenne an der ganzen Fabrikation hat das Wasser!

Das Schlämmen der Kreide.

Tief zu unseren Füßen brechen zwei Arbeiter Kreide vom Fels, zerkleinern sie durch einige Schläge und werfen sie dann in große Bottiche, die immer frische Wasserzufuhr haben, so daß sich die Kreide in kurzer Zeit auflöst. Befehlsmäßig wird der Prozeß durch stetes Umrühren mittels Maschinenkraft. Die gut aufgelöste Kreide gelangt durch feine Siebe, die Steine usw. hier gleich zurücklassen, in hölzerne oben offene Rinnen, zum großen Turm, der den ganzen Platz beherrscht. Durch eine Eimerkette ohne Ende wird hier die „Kreidemilch“ gehoben und fließt nun in langen Rinnen, die ab und zu durch Bottiche unterbrochen werden, talwärts. Auch die geringste Unreinigkeit gelangt unterwegs zur Ablagerung, so daß die Rinnen von Zeit zu Zeit gereinigt werden müssen. Die völlig reine Kreide wird in flache quadratische Gruben geleitet, wo das Wasser allmählich verdunstet. Wenn das in ausreichender Weise geschehen ist, werden die Gruben mit dem Spaten geleert. Jeder Spatenhieb gibt ein Stück feinsten Kreide, die zunächst auf waagrechten Rollen soweit austrocknet, daß sie fest wird und dann in den Kreideschuppen, ähnlich wie Ziegelsteine beim Trockenprozeß, aufgeschichtet, den letzten Wassertropfen verliert.

Damit ist die Gewinnung dieses Rohprodukts beendet. Die Kreidestücke werden in Fässer gepackt und so verfrachtet. Sie gelangen an die verschiedenen Fabriken, wo sie zu Farbe zermahlen, zu Schreibkreide verarbeitet oder aber mit allerlei Zutaten versehen in Tuben gefüllt wird. Wir sind beim Zahnpulver angelangt!

Doppelleben eines Chauffeurs.

Der Vermählte noch immer unauffindbar.

Die Nachforschungen der Mordkommission nach dem verschwundenen Chauffeur Friedrich Müller haben zu Feststellungen geführt, die ein eigenartiges Licht auf den Mann werfen. Während er von seinen Angehörigen, seinem Arbeitgeber und seinen Berufskollegen übereinstimmend als ein sehr ruhiger, nüchtern und zuverlässiger Mensch geschildert wird, haben sich nunmehr entferntere Bekannte ermitteln lassen, die überraschende Aufklärungen befanden.

Müller, der nicht rauchte und selten trank, war ein leidenschaftlicher Spieler und Better und fehlte auf seiner Rennbahn. Im Laufe einer verhältnismäßig kurzen Zeit hat er mehrere tausend Mark auf den Rennbahnen verstreut, ohne daß seine Familie von dem Verbleib des Geldes etwas erfuhr. Es ist festgestellt, daß er am vergangenen Sonntag wieder in Ruheleben zum Rennen war und hier erhebliche Verluste hatte. Auf der Rennbahn traf er Bekannte, die er mit seinem Wagen am Abend nach der Wohnung des einen Mannes in der Fiedrichstraße brachte. Hier ließ Müller sein Auto mit laufendem Motor und angestellter Uhr die Nacht über auf der Straße stehen und spielte bis in die Morgenstunden hinein, weil er, wie alle passionierten Spieler, glaubte, den Verlust durch sorgfältiges Spiel nicht nur wieder hereinholen zu können, sondern noch einen Lieberschub zu erzielen. Er verlor jedoch beständig. Am nächsten Morgen brachte er seine Bekannten wieder mit seinem Wagen nach einem Kaufhaus in der Nähe des Alexanderplatzes, wo sie eine Besorgung hatten. Um ihn wenigstens in den Stand zu setzen, seinen verbrauchten Benzinvorrat zu erneuern, bezahlten seine Freunde ihm die Fahrt mit 8 Mark und liehen ihm außerdem noch 10 Mark, so daß Müller nun über 18 Mark verfügte. Mit diesem Gelde suchte er eine Tankstelle auf und ließ den Behälter neu füllen. Die Nachforschungen nach seinem Verbleib werden fortgesetzt. Es wird durchaus mit der Möglichkeit gerechnet, daß Müller noch am Leben ist. Erwünscht wäre es, wenn sich der Inhaber der Tankstelle melden wollte, bei dem Müller am Montag früh vorsprach und einen Vorkauf Benzin kaufte. Alle Mitteilungen sind nach wie vor an die Kommissare Dr. Berndorf-Zapfe im Zimmer 52 des Polizeipräsidiums zu richten.

Der Brief des Selbstmörders.

„Erstlagen von 4 Kilogramm Ammon-Gelatina.“

Zu der grauenhaften Todesart, die der Tiefbau-Ingenieur Hermann B. aus Hannover wählte, können wir noch einige Einzelheiten mitteilen. Kriminalkommissar Rauck vom Polizeiamt Charlottenburg erhielt gestern, Donnerstag nachmittag gegen 2 Uhr, einen Brief B., in dem er der Behörde seinen Entschluß mit folgenden Worten kundtat:

„Ich liege morgen oder heute abend zwischen 10 und 12 Uhr erstlagen von 4 Kilogramm Ammon-Gelatina an der Endstation der Straßenbahnlinie 75, nahe am Bahnhof des Bahnhofes Heerstraße. Ich weiß nicht mehr ein noch aus. Scharren Sie mich irgendwo ein und lassen Sie meine Angehörigen nicht kommen.“ Der Inhalt dieses Briefes stimmt mit dem der Aufzeichnungen, die man in dem kleinen Koffer fand, überein. Rot und Stellungsfähigkeit haben B. in den Tod getrieben. Ammon-Gelatina ist ein sogenannter Sicherheits Sprengstoff, der durch Gelatinieren von Nitroglycerin, Kollodiumwolle und Ammonium-Nitrat hergestellt wird. Durch die ungeheure Menge von 8 Pfund Sprengstoff, die B. zur Wirkung brachte, erklärt sich auch die vollständige Zerkünderung seines Körpers. Er muß den Stoff, dessen aufwärtssteigende und zerstreute Wirkung er kannte, in einem Säckchen auf den Erdboden gelegt, sich darauf gesetzt und durch Anzünden der Zündschnur zur Explosion gebracht haben.

Waffenfund in Spandau.

Der Abteilung I A der Berliner Kriminalpolizei war eine Anzeige zugegangen, daß im Keller des Hauses Bismarckstr. 64 zu Spandau beträchtliche Mengen an Waffen und Munition verborgen seien. Beamte der Abteilung begaben sich daraufhin nach dem Hause und fanden in dem bezeichneten Keller sieben Kisten, die mit deutschen Ferngläsern, Leuchtpistolen, vollständigen und zerlegten Gewehren und Munition für die verschiedensten Kaliber angefüllt waren. Als Besitzer des Kellers wurde der Stukkateur Timm aus der Kollonnenstr. 7 zu Spandau ermittelt und der Abteilung I A zugeführt. Bei seiner Vernehmung gab Timm an, daß er früher bei der Reichsreuehandelsfirma beschäftigt gewesen sei. Diese Gesellschaft besorgte die Einziehung und Verschrottung der durch die Entente verbotenen Schusswaffen und anderer Kriegsausrüstungen. Ohne Wissen der Treuhändergesellschaft entwendete Timm nach und nach Waffen und Munition, weil — so erklärte er — es ihm als Waffenliebhaber Freude machte, sie zu besitzen. Er verbarg sie in seinem Keller in den Kisten, in denen sie jetzt noch gefunden wurden. Irigentlich politische Verwendungen habe ihm ganz fern gelegen. Die Waffen, die durch das Logieren in dem Keller unbrauchbar geworden sind, wurden beschlagnahmt. Timm wurde da sein Hauptverbrechen vorliegt, nach dem Verhör wieder entlassen. Es wird gegen ihn ein Verfahren wegen Diebstahls und unbefugten Waffenbesitzes eingeleitet werden.

Großfeuer in Charlottenburg.

Ein ganzer Wagenpark niedergebrannt.

In den gestrigen Nachmittagsstunden wurde wieder ein erheblicher Teil der Groß-Berliner Feuerwehr nach Charlottenburg alarmiert, wo in der Kaiserin-Augusta-Allee 69a ein Schuppenkomplex der Städtischen Müllabfuhr-G.S. in Flammen stand. Auf dem großen Platz, der etwa 400 Meter im Geviert mißt, befinden sich ausgedehnte Schuppen, in denen sich große Mengen von Stroh, Heu, zahlreiche Wagen und mehrere hunderte Müllkästen befinden. Unmittelbar an den Platz schließt sich eine Kohlen-großhandlung an, während auf der anderen Seite etwa 30

Volksentscheid ist Volksgericht! Für das Volk, gegen die Fürken!

Öffentl. Kundgebungen

heute, Freitag, den 4. Juni:

Tiergarten (S. Abt.): 8 Uhr im Nationalhof, Wilkstr. 37. Redner: Felix Fehsenbach.
Spandau: 7 1/2 Uhr in der Markthalle, Pöhlendorfer Straße. Redner: Erich Kuttner, R. d. L.

Männer und Frauen aller Parteien sind eingeladen.

Bogen der Schloßbrückengarage und eine Tankstelle angrenzen. Um 3 Uhr bemerkten Bewohner und Strophenpassanten aus einem Schuppen Flammen aufsteigen. Sofort wurde die Feuerwehr alarmiert, die zunächst mit drei Löschzügen an der Brandstelle erschien. Mittlerweile hatte aber das Feuer einen derartigen Umfang angenommen, daß der Alarm-Großfeuer weitergegeben wurde und weitere drei Löschzüge zur Hilfeleistung herbeieilten. Die Oberleitung übernahm Oberbranddirektor Gemp. Das Stroh und die Holzteile der Schuppen und Wagen, die wie Zunder brannten, entwickelten eine gewaltige Hitze. Das Feuer fraß sich von Schuppen zu Schuppen und legte den ganzen Komplex in Asche. Ein großer Lagerstuppen der angrenzenden Kohlengroßhandlung, sowie die Kohlenvorräte selbst, hatten bereits Feuer gefangen. Es mußte alle Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, ein Niederbrechen zu verhindern. Aber auch für die Autobogen mit ihrem wertvollen Inhalt bestand eine Zeitlang größte Gefahr. Als glücklicher Umstand ist anzuführen, daß der Wind günstig wehte. Nach 9 Uhr trafen mehrere Abflöszüge ein, die die sehr abgearbeiteten Wehrmannschaften ablösten und die Abflöschung, wie auch die Aufräumungsarbeiten fortsetzten. Soweit bisher zu übersehen ist, sind den Flammen viele tausend Zentner Stroh und Heu sowie etwa 30 Platten- und Kastenwagen zum Opfer gefallen. Es gelang, einen Teil der angebrannten Wagen zu retten, doch sind diese derart mitgenommen, daß sie kaum noch reparaturfähig sein dürften. Die Entstehungsurache ist bisher noch nicht einwandfrei geklärt. Bis in die späte Nacht hinein arbeiteten noch viele Feuerwehrleute an der Brandstelle und es ist sehr wahrscheinlich, daß noch am Freitag die Aufräumungsarbeiten fortgesetzt werden müssen.

Agitiert in den Laubenkolonien!

Die Werbearbeit für den Volksentscheid gilt es nicht nur in den Häusern eifrig zu betreiben. In den Sommermonaten wohnen in den Laubenkolonien eine große Zahl von Arbeitern. In der Stadtwohnung fehlt Luft und Sonne, darum bleiben die Laubenbewohner meist gar nicht in der Stadt. Auch diese Stimmen müssen herausgeholt werden. Wie hoch die Zahl der Laubenkolonien ist, beweist ein Beispiel. In einem Stadtviertel wurden über 40 000 Lauben gezählt. Wenn man nur 40 000 Stimmberechtigte annimmt, die diese Lauben bewohnen, so bedeutet diese Zahl allein ein Fünftel aller Stimmberechtigten in diesem Bezirk. Sie alle müssen rechtzeitig und ausreichend mit Werbematerial versehen werden. Und zu den roten und schwarzrotgoldenen Fahnen, die schon in ergründlicher Anzahl in den Kolonien zu sehen sind, müssen noch viel mehr kommen. Auf! An die Arbeit!

Elternbeiratswahl für die höheren Schulen Neuföllas. Am Freitag, den 4. Juni (heute), abends 8 Uhr, findet in der Aula des Gymnasiums I, Berliner Str. 10, Neuföllas, eine öffentliche Versammlung statt, in der Stadtrat Genosse Dr. Löwenstein über das Thema „Christlich unpolitisch oder Schulaufbau“ sprechen wird. Die Versammlung wird voraussichtlich von Gegnern belegt werden, deshalb müssen alle Genossen erscheinen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Vorstellungen für Kinderbewilligung in der Städtischen Ober-Schule, den 5. Juni: Der Freischüler; Sonnabend, den 12. Juni: Der Bismarckplatz; Sonnabend, den 19. Juni: Das Rheingold; Sonnabend, den 26. Juni: Der liegende Soldat; Sonnabend, den 3. Juli: Die Zunderkiste. Preis der Karte 1.50 R. einschließlich Garderobe und Theaterzettel. Karten zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und in allen bekannten Verkaufsstellen. — Arbeiterbildungsschule: In Oberbismarckstraße bei Fiedrichstraße a. d. C. findet in der Zeit vom 28. Juni bis 3. Juli ein Ferienkolloquium statt. Das Vortragsthema lautet: Der Kerkismus in der Gegenwart. Lehrer Dr. Carl Schröder. Unterricht und gute Verpflegung pro Tag 3.50 R. Körperübungen für den ganzen Kursus 5 R. Meldungen erbeten bis spätestens Montag, den 14. Juni, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 4. Juni.

4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau (Frau Dr. Drewitz, 2. Vorsitzende der Zentrale der Hausfrauenvereine); „Der Markt im Monat Juni“ Kochvorschriften; 5 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Puppentheater. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. 6-6.30 Uhr abends: Übertragung des Nachmittagskonzerts der Tanzkapelle Marek Weber aus dem Hotel Adlon. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theatervorabend. 6.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau: Gartenbaudirektor Meermann: Der Sommerschnitt des Obstes. 7.15 Uhr abends: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe zu der Übertragung aus der Staatsoper am Königsplatz. 7.30 Uhr abends: Übertragung aus der Staatsoper am Königsplatz. Spielzeit 1925/26. 23. Übertragung: „Rigoletto“, Oper in vier Akten von Giuseppe Verdi mit Kammeränger Alfred Piecaver von der Wiener Staatsoper in der Partie des Herzog von Mantua als Gast. — Rigoletto, sein Hofnarr; Gilda, dessen Tochter; Graf von Monterone; Graf von Coprano; Die Gräfin, seine Gemahlin; Marullo, Kavaller; Borsa, Hofling; Sparafucile, ein Bravo; Maddalena, seine Schwester; Giovanna, Gildas Gesellschafterin; Ein Page der Herzogin; Herr Hof und Damon vom Hofe, Page. Hallebardiener Dionor. Ort der Handlung: Mantua und Umgegend.

Königswusterhausen, Freitag, den 4. Juni.

1-1.40 Uhr nachm.: Assiat für Sprochtechnik Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: O. M. Alfieri und v. Eysser: Spanisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Rektor Karselt, Berlin: Die landwirtschaftliche Gasterzeugung. 4-4.30 Uhr nachm.: Dr. Kaethe v. Herwardt, Vors. d. Reichsanstalt Verb.: Die sozialen Aufgaben der Landfrau. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr nachm.: Dr. Max Winckel: Vitamine. 5.30-6 Uhr nachm.: Prof. Dr. Weillmann: „Das Problem der willkürlichen Beeinflussung der Geschlechtsentstehung beim Menschen (Erzielung von Knaben oder Mädchengeburt)“. 6-6.30 Uhr abends: Dr. Jung, Oberarzt a. d. Frauenklinik des Geb. Rat, Prof. Dr. Straußmann, Berlin: „Wechseljahre“. Ab 7.15 Uhr abends: Übertragung von Berlin.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Tr., rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 7 Uhr Sitzung des erweiterten Vorstandes im Jugendheim Lindenstr. 3.

1. Kreis Mitte, Sonnabend, 5. Juni, 8 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes bei Dobrowolski, Einmündler Str. 11. Erbscheinen unbedingt erforderlich.
2. Kreis Tiergarten, Sonnabend, 5. Juni, 7 1/2 Uhr, bei Trümper, Niendorfer Str. 2, wichtige Kreisvorstandssitzung. — Besondere 2. Juni, öffentliche Kundgebung 7 1/2 Uhr im Köppler Gesellschaftshaus, Nollendorfplatz, Thema: „Volksentscheid“. Referent: Reichsanstaltsleiter Siegfried Kuhlhauser. Wegen der öffentlichen Versammlung werden die Abteilungsleitungen arbeiten, ihre Funktionsträgerinnen werden am Montag, 7. Juni, abgeholt. — Sonnabend, 5. Juni, veranstaltet das Reichsbanner eine Demonstration über den Volksentscheid. Die Genossinnen und Genossen des Reichsbanners sind verpflichtet, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Abmarsch 8 Uhr Dönhofs- Ecke Büchsenstraße.
3. Kreis Wedding, Sonnabend, 5. Juni, 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes im Reformklub.
4. Kreis Prenzlauer Berg, Die Abteilungsleitungen finden am Sonnabend, 5. Juni, 7 1/2 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung einen Vertreter zu Büro, Prenzlauer Allee 100.
5. Kreis Charlottenburg, Besitz, Freitag, 4. Juni, öffentliche Elternversammlung in der Aula der 1. Gemeindefschule, Behlendorfstr. 90, Vertreten: „Das Wohl und die Erziehung unserer Kinder“. Referent: Lehrer John. Alle Eltern müssen im eigenen Interesse erscheinen.
6. Kreis Tempelhof, Sonntag, 6. Juni, veranstaltet die Abteilung Baum- schulenvereine ihre Elternversammlung. Umfassende Mitteilungen nehmen daran teil. Abmarsch 1 1/2 Uhr von der Rönninger Sandstraße.

Heute, Freitag, 4. Juni:

1. Abt. Öffentliche Elternversammlung 7 1/2 Uhr in der Schulanla Kappens- platz 12. Referent: Frau Altha. — Öffentliche Elternversammlung 7 1/2 Uhr in der Schulanla Kappensplatz Str. 20. Referent: Lehrer Schulz. Tagesordnung in beiden Versammlungen: „Worum wählen wir die Liste Schulaufbau?“ Alle Eltern müssen im eigenen Interesse erscheinen.
2. Abt. Öffentliche Elternversammlung 7 1/2 Uhr in der Aula der Gemeindef- schule Dönhofsplatz 61. Tagesordnung: „Schulaufbau“. Referent: Stadtrats- sekretär. Wir erwarten zahlreiche Besuche.
3. Abt. Neuföllas, Die städtische Funktionsträger am Freitag 8 1/2 Uhr aus- und findet in der nächsten Woche statt. Die Bezirksführer loben zum Ab- schluss ein.

Morgen, Sonnabend, 5. Juni:

1. Abt. 7 1/2 Uhr bei Junke, Krügerstr. 11, wichtige Funktionsträger- Versammlung des Materials zur Elternversammlung.
2. Abt. 7 Uhr im Proletariatshaus Köpenicker Str. 10 für den Volksentscheid.
3. Abt. Sonnabend findet durch die 1. Kameradschaft des Reichsbanners ein Abmarsch durch die zur 3. Wahlzettel führenden Straßen statt. Öffentliche Versammlung der Genossen ist sehr erwünscht. Treffpunkt 7 Uhr Alexander- straße Ecke Köpenicker Platz.
4. Abt. 7 1/2 Uhr im Reformklub, Ecke Eichenstr. und Wendenburger Straße, Funktionsträger. Alle SPD-Kandidaten der Elternbeiratswahl müssen ebenfalls erscheinen und die Kandidaten mitbringen.
5. Abt. Städtische Genossen, die nicht an der Elternbeiratswahl teilnehmen, treffen sich 7 1/2 Uhr bei Kohn, Gubenstr. 19.
6. Abt. Charlottenburg, 52. Abt. 8 Uhr bei Bode, Köpenicker-Augusta-Allee 12, Funk- tionsträger. — 54. Abt. 8 Uhr bei Cooper, Gerickestr. 1, Funktionsträger.
7. Abt. Neuföllas, 7 1/2 Uhr bei Dobrowolski, Wipperfurth 1839, wichtige Funktionsträger- Versammlung.
8. Abt. Tempelhof, Die Bezirksführer holen um 5 Uhr Material von der Erbscheinen Str. 10 ab. Um 6 Uhr Hauptversammlung.
9. Abt. Köpenicker, 7 1/2 Uhr bei Wene, Köpenicker- Ecke Rittergüterstr., wichtige Funktionsträger. Einleitung zur Elternbeiratswahl.
10. Abt. Neuföllas, Alle die Elternbeiratswahlen werden sich die Genossen zum Selbstschutz bei Wahlbeginn in folgenden Lokalen: für die 1. Schule (Grunowstraße): Grunow- Ecke Schulstraße. für die 4. Schule (Schmidt- straße): Dönhofs- Ecke Schulstraße. für die 5. und 7. Schule (Kaiser-Friedrich- Straße): in der Schule Kaiser-Friedrich-Straße.

33. Abt. Alle Genossen versammeln sich zur Wahlhilfe und Formvereinfachung am Sonntag, 6. Juni, früh 8 Uhr, im Lokal Peter, Scharnweberstr. 36. Die Bezirksführer loben ein.

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 4. Juni:

Gruppe Neuföllas I: Der Stuppenabend fällt aus. — Gruppe Mitte: 8 Uhr in der Schule Heerstr. 2a, Auswanderer: „Unsere Stellung zur Arbeit“. — Gruppe Schöneberg: 8 Uhr im Berlin-Rudow-Straße, Musikzimmer, Arbeits- ermittlung. — Sonnabend, 5. Juni, 7 Uhr, Treffpunkt Bahnhof Scharnhöhe, Fahrt nach Bernau. — Gruppe Köpenick: 7 Uhr im Jugendheim-Dobrowolski, im Nebenraum am Ruinenschild, Vortrag: „Moderne Arbeitsermethoden und Sozialismus“. Referent: Genosse Ulrich.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

56. Abt. Neuföllas, Unser Genosse Friedrich Alexander ist nach einer Erkrankung Freitag, 4. Juni, nachmittags 2 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof, Bismarckstr. 10, beerdigt. Wir erwarten viele Beisetzungen.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, den 3. Juni.

1. Rennen. 1. Abteilung: 1. Hiltnerbarthen (H. Schmitz), 2. Lillo (Berga), 3. Relanthe (Bonze). Toto: 90 : 10. Platz: 26, 20, 48 : 10. Ferner liefen: Wächter, Penelope, Negefeuer, Wendenwind, Pionier, Nio, Glashäger, Naps, Ralte. — 2. Abteilung: 1. Prinz August (H. Larraz), 2. Bernina (Williams), 3. Kerita (Hilfemann). Toto: 65 : 10. Platz: 23, 15, 80 : 10. Ferner liefen: Ad hoc, Proklamator, Pfaff, Dorns Bruder, Schneewittchen, Gulland, Semel, Roodo, Mandarine.
2. Rennen. 1. Abteilung: 1. Volamedes (D. Schmidt), 2. Saturn (Berga), 3. Seba (Staudinger). Toto: 69 : 10. Platz: 16, 18, 21 : 10. Ferner liefen: Coprin, Willibald, Van Robert, Wagner, Klotin, Dornes, Hahndi.
3. Rennen. 1. Abteilung: 1. Das Fied (Hilber), 2. Burgbrühl (H. Larraz), 3. Wabe (Williams). Toto: 42 : 10. Platz: 14, 11, 17 : 10. Ferner liefen: Neomarcha, Cindereza, Ranon, Korge, Gaster, Raute. — 2. Abteilung: 1. Kolenwange (D. Schmidt), 2. Waldruha (H. Larraz), 3. Salsia (Beisler). Toto: 19 : 10. Platz: 14, 32, 24 : 10. Ferner liefen: Lotte, Dittgrube, Palahoff, Desdemona, Rigerin, Rombardt.
4. Rennen. 1. Wiesel (Hilfmann), 2. Abenteuer (Staudinger), 3. Patrier (D. Müller). Toto: 42 : 10. Platz: 18, 14 : 10. Ferner liefen: Kubler, Lob und Leben, Chimpel.
5. Rennen. 1. Lario (Hanne), 2. Nischtrahl II (H. Kempf), 3. Nerler (Gaber). Toto: 37 : 10. Platz: 17, 25, 92 : 10. Ferner liefen: Seraph, Sids-Cap, Burgmart, Driedel, Ralmorgen, Lebenslust, Waldes, Bengali, Dianthus, Miam, Dompfahl, Zornhelm, Tarzan, Leumas, Enginal.
6. Rennen. 1. Nola (Graf), 2. Pella (H. Larraz), 3. Kallidri (Bincenz). Toto: 20 : 10. Platz: 11, 15, 29 : 10. Ferner liefen: Kariburg, Trenoaba, Urelada, Gonca Gora.
7. Rennen. 1. Romann Ring (H. Larraz), 2. Tcaunegg (Williams), 3. Viktorin (Bincenz). Toto: 158 : 10. Platz: 56, 22, 29 : 10. Ferner liefen: Kalus, Benschberger Radelt, Kote Karte, Ariamon, Gagen, Siloo, Primadonna, Koving, Dicks, Rogier, Nultra.

Hagman gegen Pierre Charles. Am Freitag abend 8 Uhr ist der Ring der Postvereine in der Adickstr. auf dem Tempelhofer Berg der Schandplak einer großen Kampfschlag. Im Vordergrund der Kampfer stehen Ludwig Hagmann und der Belgier Pierre Charles, die sich vom Start bis ins Ziel heftig bekämpfen werden. Ganz offen sind im allgemeinen auch die übrigen Treffer des Abends, die mit Kopf und Fäuste, Knie und Wasser, War Diekmann und Louis besten Sport bringen. Die Freizeitsportler in Berlin wird eine Premiere erleben, die wieder eine starke Propaganda für den deutschen Boxsport bedeutet.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin (Nachdr. verh.) Zunächst meist mit einzelnen leichten Regenschauern. Später zeitweise aufhellend, ziemlich kühl. Für Deutschland: West- und Mitteldeutschland meist bis heiter, Norddeutschland trübe und Regenlos. Ueberall ziemlich kühl.

Wagentrampfe.

Alle Schmerzen oder Gefühle von Unbehagen nach dem Essen, wie Krämpfe, schweres Gefühl, Scharfheit usw. sind in fast allen Fällen sichere Anzeichen eines Lebermangels von Säure im Magen. Um dieses Lebermangel von Säure zu neutralisieren und Ihren Magen in Ordnung zu bringen, nehmen Sie Dierierte Magnesia ein, welche Ihre Beschwerden von Grund aus beseitigt und normale und gesunde Verdauung sichert. Dierierte Magnesia ist in allen Apotheken in Pulver- oder in Tablettenform zu haben und verschafft bei schwieriger oder schmerzhafter Verdauung immer sofort Erleichterung. Dierierte Magnesia kommt in Flaschen abgefüllt zum Verkauf und ist dabei unbegrenzt haltbar.

Mutterschutz und Sozialversicherung.

Die Sozialversicherung hat im Reich im Jahre 1925 90 Millionen Mark an Wochenhilfe ausbezahlt, und in Berlin hat der Verband der Berliner Krankenkassen für die Versorgung für werdende Mütter und ihre Neugeborenen seinerseits 3.641.551 M. ausgegeben.

Die Krankenkassen sind sich aber bemüht, daß mit ihren Geldzahlungen allein kurz vor und nach der Entbindung die Sache nicht abgehandelt ist, und daß man schon während der Schwangerschaft jeder werdenden Mutter nach jeder Richtung hin die Mutter-schutz erleichtern soll. Die Mutterschutz, die höchste Leistung der Frau gegenüber der Allgemeinheit, ist vielfach mit unglücklichen Leiden, Qualen und Entbehrungen verbunden. Hier muß Abhilfe geschaffen werden! Eine wichtige positive Hilfsmahnahme ist die unentgeltliche Beratung für werdende Mütter, die sogenannte Schwangerenfürsorge, insbesondere, wenn dieselbe mit Behandlung verknüpft ist, wie es seit etwa einem Jahre in den Schwangerenberatungsstellen der Berliner Krankenkassenambulatorien der Fall ist. In diesen Beratungsstellen wird jede werdende Mutter zunächst gründlich ärztlich untersucht. Wenn eine Erkrankung oder Beschwerden vorliegen, die eine ärztliche Behandlung erfordern, so wird ihr dieselbe dort sofort zuteil. Krampfadern, Leihbondagen, Kräftigungsmittel werden den Schwangeren nach Bedarf ausgehändigt, Arznei und sonstige Hilfsmittel verschrieben. Die Schwangerschaft, die zwar ein natürlicher Vorgang ist, bringt doch sich ändernde Zustände im Allgemeinbefinden mit sich, und es ist sehr wertvoll für die junge Mutter, wenn sie sich von sachkundiger ärztlicher Seite schon zu Beginn der Schwangerschaft beraten läßt, damit ihre Lebensweise gerade während dieser Zeit eine möglichst gesunde ist. In den Beratungsstellen kann sich die Schwangere außerdem noch in allen sonstigen Schwierigkeiten ihres Lebens anvertrauen. Wohnungsnot, verschiedene Zwangigkeiten und sonstige Schwierigkeiten laffen auf so vielen Frauen. Die Beratungsstelle findet immer Rat und Hilfe. Besonders großer Wert wird auf die rechtzeitige Unterbringung der werdenden Mütter gelegt, die Stellungs- und mohnungslos sind, was bei den ledigen oft der Fall ist. Auch solchen jungen Müttern wird geholfen, die nach der Entbindung mit dem Neugeborenen zusammen bleiben wollen. In Kassenangelegenheiten müssen auch die wenigsten Frauen Bescheid. Auch darüber wird in den Beratungsstellen Auskunft erteilt, was besonders wichtig ist, da in Berlin 95 von 100 Frauen, die überhaupt Beratungsstellen aufsuchen, selbst Versicherte oder Familienangehörige von Versicherten sind, und demzufolge einen rechtlichen Anspruch auf die Hilfe der Krankenkassen haben. Es ist ohne weiteres klar, daß gerade die Schwangerenberatungsstellen der Ambulatorien der Krankenkassen ganz besonders für diese Frauen von Nutzen sind.

Jeder einzelnen Frau, die sich Mutter fühlt, die gesund bleiben und ein gesundes Kind zur Welt bringen möchte, und insbesondere wenn sie aus dem oder einem anderen Grunde verzweifelt oder verzagt ist, ist es zu empfehlen, eine der Schwangerenberatungsstellen aufzusuchen. Wenn sie selber sich keinen Rat weiß, so wird sie in der Beratungsstelle auf jeden Fall Teilnahme, Rat und Hilfe finden. Das Leben hat doch tausend Möglichkeiten, nur weiß sie nicht jeder, ein Ausweg ist für jeden Menschen bestimmt vorhanden, auch in der schwierigsten Lage, nur weiß er, allein auf sich gestellt, ihn nicht immer zu finden. Die Beratungsstellen für Frauen und Mädchen befinden sich an folgenden Stellen und werden von Herrinnen abgehalten:

Beratungsstellen für Frauen und Mädchen (Schwangerenfürsorge) der Ambulatorien des Verbandes der Berliner Krankenkassen.

| Bezirk: | Ambulatorium: | Sprechstunden: |
|----------------------|-------------------------------|----------------------------------|
| I (Mitte) | Klosterstraße 65/67 | Montag 2-3 Donnerstag 1-2 |
| II (Tiergarten) | All.-Roosht 73 | Dienstag 2-3 |
| III (Wedding) | Pflückerstr. 153a | Mittwoch 1/2-2 1/2 |
| IV (Friedrichshagen) | Antonoplatz 5 | Mittwoch 1-2 |
| V (Friedrichshagen) | Gr. Frankfurter Str. 137 | Montag 2-3 Donnerstag 2-3 |
| VI (Kreuzberg) | Köpenicker Str. 145 | Montag 10-11 Donnerstag 10-11 |
| VII (Charlottenburg) | Drantsenstr. 6 | Dienstag 3-4 |
| VIII (Spandau) | Cecilienb., Berliner Str. 137 | Dienstag 4-5 |
| XI (Schöneberg) | Kolonietterring 176 | Donnerstag 2-3 |
| XIV (Neukölln) | Geunewaldstr. 30 | Freitag 2-3 |
| XVII (Nichtenberg) | Weißelstraße 5 | Dienstag 4-5 Mittwoch 4-5 |
| XVIII (Weißensee) | Möllendorferstr., Rathaus | Montag 3-4 |
| XIX (Pankow) | Vistoriastr. 17 | Mittwoch 9-12 Freitag 2-3 |
| XX (Reinickendorf) | Bismarckstr. 8 | Freitag 1-2 |
| | Residenzstr. 10 | Mittwoch 3-2 |
| | Wittenau, Drantsen- | Donnerstag 1-2 |
| | burger Str. 70/71 | Donnerstag 4-5 |
| | Tegele, Brunowstr. 23 | |

Auskunft in allen einschlägigen Fragen erteilt das Bureau der Schwangerenfürsorge der Ambulatorien des Verbandes der Krankenkassen Berlins, Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 145. Telefon: Moritzplatz, 109 82. Sprechzeit: 10-12 Uhr.

Wahlbezirkseinteilung im Bezirk Treptow. In den Ortsteilen Treptow-Nord, Treptow-Mitte, Baumfalkenweg und Lieberschöne-Weide ist je ein Wahlbezirk weniger geschaffen. Die Neuabgrenzung gilt schon für die Abstimmung zum Volksbegehren. Nähere Auskunft werden die später noch erfolgenden amtlichen Bekanntmachungen geben.

**Gewerkschaften zur Berliner Siedlungspolitik
Ein Beschluß des Aktionskomitees.**

Zu den Ausführungen, die kürzlich an dieser Stelle über Widersprüche in der Siedlungs- und Wohnungspolitik des Berliner Magistrats veröffentlicht worden sind, wird uns vom Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik geschrieben:

Der in dem Artikel des „Vorwärts“ vom 30. April (Nr. 201) erwähnte Beschluß des Aktionskomitees, der sich gegen die rückwärtslose Erhebung der Anliegerbeiträge hinaus in vor- auch bei Kleinwohnungsbaunternahmen, insbesondere Kleinhaus-siedlungen, richtet, ist lobend dem Magistrat, der Stadtverordneten-versammlung und dem Oberpräsidium von Berlin sowie dem Reichlichen Wohlfahrtsminister zugeleitet worden. Das Aktionskomitee hat seine Forderungen nachträglich auch auf die Kanali-sationsbeiträge ausgedehnt. Es verlangt, daß die Beiträge zu den Kosten der Kanalisation nicht schematisch auf 61 M. pro laufenden Meter der Grundstücksfront für Mietkasernen wie für Einfamilienhäuser gleich festgesetzt werden, sondern eine für den Flächenbau erträgliche Staffelung mindestens unter Berücksichtigung des Nutzungswertes vorgenommen werde. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kanalisationsbeiträge sich bei Mietkasernen mit 2 Hinter-gebäuden und 30 Kleinwohnungen auf 50 M. pro Wohnung und beim Einfamilienhaus mit 180 Quadratmeter Garten (Eckgrundstück) auf 3000 M. belaufen. (Die Charlottenburger Wasserwerke stellen Forderungen, die sich auf 27.000 M. für 200 Einfamilienhäuser be-ziffern.) Das ist eine Belastung, die der Kleinwohnungs-, insbeson-dere der Kleinhausbau nicht zu tragen vermag, und die der auf Förderung des Wohnungsbaues abzielenden Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik schmerzhaft entgegenwirkt.

In der Begründung seines Antrages weist das Aktionskomitee unter anderem auf den scharfen Widerspruch zwischen der fiskalischen Wohnungspolitik des Magistrats Berlin und verschiedenen Verordnungen des Reichsarbeitsministers hin. Insbesondere widerspricht die rückwärtslose Erhebung der Anlieger- und Kanalisationsbeiträge durch die Stadt Berlin der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 26. März 1926, worin es unter Punkt 3 heißt:

„Die Gemeinden sollen als Anliegerbeiträge höchstens die tatsächlichen Selbstkosten ohne allgemeine Zuschläge für Verwaltungs-kosten erheben und, falls es zur Finanzierung notwendig ist, die Beiträge stunden, ermäßigen oder auch ganz erlassen. Ohne Rücksicht auf die Art der tatsächlichen Ausführungen der Straße sollen nur die Kosten zugrunde gelegt werden, die entstehen würden, wenn die Straße einschließlich Entwässerung in einfacher Form ausgeführt wäre, und diese auch nur, soweit sie anteilmäßig auf die zu bebauende Grundstücksbreite entfallen. Bei Straßen, die in der Vorkriegszeit hergestellt sind, wird zugunsten der Anlieger eine in der Inflationszeit etwa erfolgte Tilgung der Kosten zu berücksichtigen sein.“

Sowohl Unternehmungen für die Versorgung mit Gas, Wasser, elektrischem Strom usw. von der Gemeinde oder von Gesellschaften, deren Anteile sich überwiegend in Gemeindebesitz befinden, betrie-ben werden, sind möglichst keine Anschlusskosten, keinesfalls aber solche über den Selbstkostenpreis hinaus, zu er-heben. Soweit diese Betriebe nicht der vorgenannten Art ange-hören, ist auf sie entsprechend einzuzurufen.“

In einer Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Verwendung des Kredits zur Förderung des Kleinwohnungsbaues vom 1. April 1926 heißt es:

„Um die Baukosten niedrig zu halten, sollen ferner die Gemein-den Baugelände möglichst aus eigenem Besitze zur Verfügung stellen; bei der Berechnung des Bodenpreises, der Anlieger-beiträge, Anschlussgebühren, Straßenbau-, Planungs- und Verwaltungskosten dürfen sie sich nicht von Gewinnabsichten leiten lassen. Auch sollen sie durch Bewilligung von Teilzahlungen, Stundung oder Erlass dieser Kosten dem Bauherrn weitestgehend entgegenkommen.“

Das Aktionskomitee zeigt sich bestrebt, nicht Forderungen zu stellen, die über das wirtschaftlich Mögliche hinaus gingen. Es hat deswegen bei einer nochmaligen Revision seines zuerst an dieser Stelle hier veröffentlichten Beschlusses nachträglich die Forderung des völligen Erlasses der Anliegerbeiträge bzw. Anschlusskosten unterdrückt und begnügt sich nunmehr, in Rücksicht auf die Finanzschwierigkeiten der Stadt Berlin, mit der Forderung, daß die Anliegerbeiträge gestundet werden und später im Wege einer entgegenkommenden Amortisation erhoben werden möchten. Der Antrag des Aktionskomitees trägt folgende Unterschriften:

Gemeinnützige Heimstätten, Spar- und Bau-V. G. Gehag (Gutshmidt); Deutsche Wohnungsfürsorge V. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Demog (Dr. Ing. Wagner); Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsverband Berlin, Siedlungs- und Wohnungs-ausschuss (Treffel, Böhm); Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine H.-D., Berlin (Alfred Lange); Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten (Katharina Müller); Arbeitsgemeinschaft der Fachgewerkschaften (Beume); Heimstättenamt der Deutschen Beamtenschaft E. V. (Johannes Lubahn); Allge-meiner Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuss Groß-Berlin (Körber, Steffelbauer); Provinzialfakultät des Deutschen Beamten-bundes (Düfen, Benzin); Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen E. V. (Pfländer); Gemeinnütziger Reichsbund Kriegersiedlung G. m. b. H. (Maroke, Pfländer); Zentralverband der Kriegsbefähigten (Stadsholt); Provinzialverband Groß-Berlin E. V. im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands E. V. (Reinhold); Reichsbund deutscher Mieter E. V. (Dyckst), Deutsche Heim-V. G. (Schade-wald); Märkische Scholle (Schluchebier); Gruppe Nord, Gemein-nützige Siedlungs-G. m. b. H. Wittenau (Stebenhaar); Bund Deutscher Bodenreformer (Victor Road).

Diese Unterschriften zeigen, daß nicht etwa politisch einseitig orientierte Organisationen hinter dem Beschluß des Aktionskomitees

stehen, wie dies von gewissen rechtsstehenden Organen bei der kürzlich erfolgten Veröffentlichung des Beschlusses des Aktionskomitees zum Bodenreformgesetz behauptet worden ist, daß vielmehr in dem Aktionskomitee eine politisch neutrale Stelle geschaffen ist zur Vertretung sachlicher Forderungen, deren Bedürfnis in der ge-samten Arbeitnehmerschaft drückend empfunden wird.

Nach der an dieser Stelle erfolgten Veröffentlichung über den hier in Rede stehenden Beschluß des Aktionskomitees zur Frage der Anlieger- und Kanalisationsbeiträge hat sich der Unterausschuss der Stadtverordnetenversammlung mit dieser Frage beschäftigt. Der Unterausschuss ist geneigt, den Forderungen des Aktionskomitees Rechnung zu tragen. Man wird voraussichtlich, da das Baumit die Beträge verrechnen muß, das für die Stundung der Anliegerbeiträge erforderliche Kapital in den Wohlfahrtsrat einfließen, aus welchem die Zahlung an das Stadtbauamt zu erfolgen hätte.

Da man ohne Übertreibung sagen darf, daß das Gros der Ber-liner Arbeitnehmer, insbesondere aber alle boden-, siedlungs- und wohnungspolitisch Interessierten aus diesem Kreise hinter dem Be-schluß des Aktionskomitees stehen, darf man auch hoffen, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung seine Forderungen erfüllen werde.

**Bezirksversammlung Friedrichshain arbeitsunfähig.
Kommunisten sprengen die Sitzung.**

Die letzte Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain am Mittwoch fand durch das allen parlamentarischen und gesell-schaftlichen Anstand überschreitende Verhalten der Kommunisten ein vorzeitiges Ende. Nach schnellem Abschluß einer nichtöffentlichen Sitzung wurden von der 26 Punkte umfassenden Tagesordnung nur noch einige Mitteilungen erledigt. Der Kommunist Okrowski wollte vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung zu den Vor-gängen in der vorigen Sitzung abgeben. Bezirksverordnetenvor-sitzer Kanfer lehnte jedoch die Zulassung der Erklärung gemäß § 37 der Geschäftsordnung ab, da sie von Beleidigungen der Mitglieder des Bezirksamtes vor öffentlichen Beleidigungen obliege. Darob große Entrüstung bei den Kommunisten, Geschäftsordnungsbehalten und erstmaliger Schluß der Sitzung. In dieser Zwangspause ver-anstalteten die Kommunisten in dem verdunkelten Saal ein mahltes Knechtchen. Nachdem endlich Ruhe eingetreten ist, eröffnet Ge-nosse Kanfer die Sitzung wieder und jähret in Tagesordnung. Nach Erledigung einiger sachlicher Mitteilungen beirrt der bis dahin am Erscheinen verhinderte Bürgermeister, Genosse Rielly, den Saal. Die Vorgänge in der letzten Sitzung in verdrehter Form be-mühend, empfangen ihn die Kommunisten mit wüsten Be-schimpfungen. Unter ungeheurem Lärm und Tumult wird die Sitzung zum zweiten Male geschlossen. Nach der Wiedereröffnung wird auf Beschluß der Mehrheit wegen ärztlicher Verletzung der Würde des Hauses der Kommunist Berg von der Sitzung aus-geschlossen. Berg verläßt trotz verschiedener Aufforderungen die Sitzung nicht und unter großer Unruhe findet die Versammlung endlich ihr Ende. Zum Schluß empfinden sich noch lebhafteste Aus-einanderetzungen zwischen der Tribüne und den Kommunisten, die schließlich erstarren, hier nicht die erwartete Unterstützung für ihre Standesfragen zu finden. Sie mühten sich von manchem alten Arbeiter grobe Wahrheiten sagen lassen. Ein gedeihliches Zusam-menarbeiten dürfte jedoch für diese Bezirksversammlung vorläufig ausgeschlossen sein. Auch das ist ein „Berdienst“ der „einzigen Ar-beiterpartei“.

Praktische kommunale Gesundheitsfürsorge.

In der verflochtenen Reichsgesundheitswoche ist viel Gutes und Nützliches über die Bekämpfung der Rachitis gesagt und geschrieben worden, das aber auch heute noch einer praktischen Auswertung harri. Es fehlt auch hier an den nötigen Mitteln, und eine weitläufige Stadtverwaltung sollte sich keine Gelegenheit entgehen lassen, das theoretisch Erörterte, wo sich Möglichkeiten bieten, in die Praxis umzusetzen. Dem Magistrat Berlin liegt gegenwärtig ein Plan vor, der weitestgehende Beachtung verdient. Es bedurfte dabei allerdings nicht erst der Reichsgesundheitswoche, um einem Bezirks-amt des Berliner Ostens Grundlagen für eine praktische Auswertung zu schaffen. Der Berliner Osten, und insbesondere der Bezirk Friedrichshain, hat seit jeher unter den bedrückenden sozialen Erscheinungen der Gegenwart — sei es Arbeitslosigkeit, Wohnungs-not oder Gesundheitszustand der Bevölkerung — mit am meisten zu leiden. Da hier größere Untersuchungen insbesondere auch auf die Ausbreitung der Rachitis angestellt waren, mühten im Gesundheitsamt Friedrichshain Pläne zur praktischen Gegenwirkung vorbereitet werden. Es stellte sich z. B. bei Untersuchungen in der Säuglingsfürsorgestelle A heraus, daß etwa 70 bis 80 Proz. der vorgelegten Säuglinge Anlagen zur Rachitis hatten. Bei den in der Kruppelfürsorge desselben Bezirks Betreuten ließ sich auch die Erkrankung zu 42,1 Proz. auf Rachitis zurückführen. Es ward daher bald ein Plan zur Einrichtung eines Luft- und Sonnenbades zur Behandlung rachitischer Kleinkinder aufgestellt, das der Bezirks-versammlung bereits am 7. April vorklag und sofort ohne Debatte ein-würdige Zustimmung fand. Die kommunale Bezirksverwaltung ließ sich bei der Einbringung des vorliegenden Vorschlages auch von dem Gesichtspunkt leiten, daß bei der Bekämpfung der Rachitis nicht das orthopädische Turnen das Wichtigste sei, sondern daß vor allen Dingen die praktische Gegenwirkung vor der Schulzeit in Frage käme. Auch Professor Bier hat später unabhängig von dem Plan des Gesundheitsamtes Friedrichshain derselben Ansicht Ausdruck verliehen. Dementsprechend soll nun auch hier die Fürsorge-tätigkeit einsehen. Ein geeigneter Platz ist bereits gefunden. Dort können nach Fertigstellung einiger baulicher Anlagen jeweils 100 von den Säuglingsfürsorgestellen und von Kindern überwiesene Kinder von 1 bis 3 Jahren unbedeckt in Licht und Luft sich sammeln. Vitaminreiche Nahrung und jegliche Fürsorge sollen ihnen

FRITZI MASSARY
jetzt auch ohne Mundstück!
DIE UNVERGLEICHLICHE
URTEILEN SIE SELBST!

Ausbreitung des Montantrusts.

Auf dem Marsch zum deutschen Eisenmonopol.

Es sind kaum 14 Tage her, daß die Öffentlichkeit mit der Meldung überrascht wurde, die Vereinigte Stahlwerke A.G. habe die Beteiligungen des rechtsrheinischen Besitzes des Stummkonzerns erworben und damit die weitere Stützung des Stummkonzerns überflüssig gemacht. Unmittelbar darauf wurde die Einkufnahme des Montantrusts auf die Bergische Stahl- und Drahtindustrie gemeldet. Vor wenigen Tagen erregten die inzwischen durch das Eingreifen des preussischen Staates fixierten Verhandlungen für den Ankauf der Syndikatsquote von 1 Million Tonnen der Gewerkschaft Hermann und Bort Aufsehen. Nun liegt die Meldung vor, daß die Vereinigten Stahlwerke auch die Anlagen und Beteiligungen der A.G. Charlottenhütte erworben haben. Es ist also unverkennbar, daß der Montantrust mit dem Augenblick seiner Gründung eine höchst intensive Ausdehnungspolitik begonnen hat und daß das wesentliche Merkmal der Rationalisierung, die die Gründung des Montantrusts für die Schwerindustrie bedeuten soll, zunächst in der geradzugruhenden Ausbreitung zu erblicken sein wird, die die Vereinigten Stahlwerke heute betreiben.

Die Angliederung des rechtsrheinischen Stummbeitzes.

Schon die Angliederung der rechtsrheinischen Stummwerke war von größter Bedeutung. Sie umfaßt:

| | |
|----|---|
| 93 | Proz. des 18,75 Mill. Kapitals von Eigenwert Kraft-Luisburg. |
| 51 | „ „ 10,40 „ „ der Gußstahlwerke Witten AG. |
| 92 | „ „ 4,93 „ „ der Eisenindustrie Renden und Schwerte AG. |
| 83 | „ „ 10,60 „ „ der Westfäl. Eisen- und Drahtwerke Langendreer. |
| 60 | „ „ 9,00 „ „ der Norddeutschen Hütte AG. Bremen. |

Gleichzeitig ging die Verfügung über eine Anzahl Beteiligungen dieser Gesellschaft auf den Montantrust über. Die finanzielle Belastung aus diesem Ankauf schätzt man auf zwei Duzend Millionen. Sie dürfte bei der heutigen Verfassung des Geldmarktes und angesichts des mächtigen Rückhalts des Montantrusts bei den D-Banken, die mit einem Kontokorrentkredit von 150 bis 200 Millionen bereits am Montantrust interessiert sind, diesem keine Schwierigkeiten bereiten. Dürften doch auch von den rund 175 Millionen langfristiger Auslandskredite, die einzelne Trustwerke bisher aufgenommen haben, noch beträchtliche Reste zur Verfügung stehen.

Der Erwerb der Charlottenhütte AG.

Weniger der Größe des Objekts nach, als wegen seiner allgemeinen Bedeutung ist der Erwerb der Charlottenhütte A.G. in Niederscheldien für den Montantrust fast noch wichtiger als die Stummbeitteilungen. Die Charlottenhütte ist das größte und leistungsfähigste Werk im Siegerland mit Gruben und Hochöfen, Walzwerken für Eisen und Bleche, sowie Bogen- und Lokomotivfabriken. Sie hat ein Aktienkapital von 9,98 Millionen, Bilanzreserven von 7,5 Millionen mit mehreren Tochtergesellschaften und wichtigen Beteiligungen. Die Tochtergesellschaften und Beteiligungen allein standen in der letzten Bilanz zum 31. Juli 1925 mit 12,80 Millionen verzeichnet gegen 7,85 Millionen im Vorjahr, was auf eine starke Ausdehnung in der Zwischenzeit schließen läßt. Die Charlottenhütte gehört auch nicht zu den notleidenden Unternehmungen des Siegerlandes, worauf der Reingewinn von 884.000 M. für 1924/1925 deutet, aus dem eine für die Montanindustrie ungewöhnliche Dividende von 6 Proz. verteilt wurde. Die Charlottenhütte steht unter der Leitung und dem Einfluß des Großindustriellen Flied, durch den wiederum zu der Linke-Hoffmann-Rauchhammer-Gruppe eine enge Verbindung besteht; diese wird durch den im März 1925 geschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag dokumentiert. (Austausch von 75 Prozent der Charlottenhüttenerte gegen Aktien von Linke-Hoffmann-Rauchhammer.) Von dort geht die Verbindung zu dem in Bildung befindlichen ober-schlesischen Montantrust, Ober-schlesische Eisenindustrie, Oberbedarf, Donnersmarchhütte. Schon 1923/1924 wurde die Charlottenhütte in den Interessengemeinschaftskreis der Rhein-Elbe-Union einbezogen und Hugo Stinnes gehörte in deren Vertretung dem Aufsichtsrat der Charlottenhütte an.

Die Machtverhältnisse in der Montanindustrie.

Schon diese weitreichenden Beziehungen lassen die Bedeutung des Erwerbs der Charlottenhütte ahnen. Noch klarer aber wird die nicht nur privatwirtschaftliche, sondern auch volkswirtschaftliche Bedeutung des Erwerbs, wenn man seine Auswirkungen auf die Machtverhältnisse in der Montanindustrie betrachtet. Der Montantrust verfügte bei seiner Gründung über 42 1/2 Proz. der Stahl- und etwa ein Viertel der Ruhrkohlenproduktion. In der Ausdehnung des Zechenbesitzes läßt er sich bemerkenswerterweise Zeit. Für die Stahlproduktion bedeutete aber der Erwerb der Stummwerke bereits eine Quotenvermehrung von 4 bis 5 auf 46 bis 47 Proz. Die Beteiligung der Charlottenhütte ist an sich nicht bedeutungsvoll; vielleicht daß der Montantrust einschließlich der Charlottenhütte jetzt über 48 Proz. verfügt. Es ist klar, daß die Verbindung zu Linke-Hoffmann-Rauchhammer und zur ober-

schlesischen Montan Kombination den Ausbau zur Majorität in den Eisen- und Stahlverbänden in greifbare Nähe rückt.

Volkswirtschaftliche Bedeutung und Gefahren.

Für die Majorisierungsoversuche in den Syndikaten hat Deutschland in der Stellung des Wintershall-Konzerns im Kalisyndikat schon ein Beispiel. Sie haben dort zu schweren Quotenkämpfen geführt. Dasselbe ist für die Montanindustrie jetzt zu erwarten. Die größten Außenwerte des Stahlverbandes neben dem Montantrust, die Klockner, Krupp, Haniel, Hoersch-Köln-Reufersener Bergwerksverein, sind bereits bei dem Erwerb der Stumm-Beteiligungen dazwischengeschritten und haben sich zur Behinderung der Majorisierung vorläufig ein Anrecht von etwa einem Viertel der 866.000 Tonnen betragenden Stumm-Quote gesichert. Durch den Erwerb der Charlottenhütte und die durch ihn angebotenen Möglichkeiten wird der Gegensatz von neuem und aufs schärfste akut. Vor wenigen Tagen haben wir ausgeführt, daß die Syndikate bei der heutigen Krisenlage Deutschlands für Trustbildungen der Steigbügel seien zur Beherrschung der Verbände und damit die Grundlage zum Ausbau der Trusts zum Monopol. An sich ist gegen große Trustunternehmungen nichts einzuwenden. Aber ihre gleichzeitige Herrschaft in preis- und produktionsregulierenden Verbänden, das Nebeneinander von großen Trusts und Kartellen sind für die Volkswirtschaft, besonders für die ganze weiterverarbeitende Industrie eine Gefahr. Einmal bestimmt der Trust in den Verbänden weitgehend die Preise. Zum anderen ist der Trust für seine eigenen Werte an die Kartellpreise nicht gebunden. Bis hinunter zu den Eisen- und Stahlprodukten verarbeitenden Fertigungsindustrie vermag er an seine Tochterbetriebe zu Wertspreisen, statt zu Kartellpreisen zu liefern. Es erfolgt die Aufrichtung einer Zolllinie nach innen, für die es keine Möglichkeit der Vergütung wie bei dem Kompromiß und mit der Zeit gibt. Diese Aussicht für die weiterverarbeitende Industrie wird aus nachdrücklichste bei der ferneren Entwicklung der Dinge zu beachten sein.

Kostspielige Rationalisierung — Und das Siegerland?

Unter diesen Umständen wird der Beitrag, der von der Gründung des Montantrusts für eine erfolgreiche Rationalisierung der deutschen Wirtschaft erwartet wurde, zweifelhaft. Wenn die Rationalisierung der Produktion, wie sie die Gründung des Trusts für die zusammengeschlossenen Werke bringen sollte, auf dem Weg über die Majorisierung der Verbände und die Monopolisierung der Preise erfolgt, dann erfolgt sie auf Kosten der Gesamtheit. Es ist dann klar, daß der Montantrust die Festsetzung seines Kapitals auf 800 Millionen, mit den Genußscheinen auf 920 Millionen, gegen vorher 788 Millionen bei den Einzelnern in der Voraussetzung vorgenommen hat, die Dividende für dieses überhöhte Kapital sich aus der Beherrschung und Ausbeutung der abhängigen Industrien zu sichern. Für das Siegerland aber, dessen Schicksal in den letzten Monaten immer und immer wieder der Staatshilfe empfohlen wurde, wird die Herauslösung der Charlottenhütte aus dem Kreis der Siegerländer Industrie zur Tragödie. Der Zusammenschluß zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet, das unter besonderen Gesichtspunkten zu behandeln sei, ist dann eine Illusion. Das wichtigste Stück ist herausgebrochen, der Rest muß das Schicksal erleben, das leidenden Industriegebieten und Werken von kapitalistischen Verbänden- und Trustherren in Krisenzeiten immer zugehört wird: Man nimmt, solange es möglich ist, alle Kreditbitten, Subventionen und Frachtpreise für sich, die notleidenden Werke aber überantwortet man der Hilfestellung, ihre Belegschaften der Verelendung.

Die Krise im Lichte der Banken.

Der Monatsbericht der Commerz- und Privatbank zum 1. Juni ist etwas weniger zuversichtlich als die früheren. Die heftigen Schwankungen der französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen Baluten, die gleichmäßig zu Geldentwertungen in diesen Ländern geführt haben, fördern einerseits die Dumpingausfuhr und schwächen andererseits die Kaufkraft dieser Länder. So offenbare sich der labile Zustand eines großen Teiles von Europa in wirtschaftlicher, finanzieller und währungspolitischer Hinsicht von neuem. Eine durchgreifende Besserung der Konjunktur in Deutschland und ein namhafter Rückgang der Arbeitslosigkeit würden deshalb erst dann eintreten können, wenn wenigstens in den großen Nachbarländern die Währungen stabilisiert werden. Die Dresdner Bank will den Rekord des Tiefstandes der Wechselausstellungen, den wir für April festgestellt haben, nicht ohne weiteres als Zeichen für die Einschränkung des Warenverkehrs gelten lassen. Er sei nur ein Zeichen dafür, daß sich die Abwendung des Wechsels besonders zur Geldbeschaffung angeht, die der Möglichkeiten anderweitiger Geldversorgung verringert habe; auch sei eine Steigerung im Poßscheck- und Giroverkehr für den April zu beobachten. Wir glauben nicht, daß die Vermehrung dieser Umsätze für eine Steigerung des Warenverkehrs spricht; weist doch die Dresdner Bank selbst auch auf deren Behinderung durch die valutafremden Länder, auf die keineswegs gebesserte Lage der schweren Industrie, auf die abstoßende Wirkung der Rationalisierung und auf das Ausschleichen der Erwerbslosenmassen als Käufer hin. Außerdem erklärt sich die

Umsatzsteigerung im Geldausgleich ohne weiteres aus der übermäßigen Flüssigkeit des Geldmarktes und den großen Transaktionen auf dem Kapitalmarkt und den Börsen.

Trotz der großen Anleiheemissionen auf dem deutschen Kapitalmarkt, die von der Commerz- und Privatbank für 1926 allein auf 750 Millionen, von der Dresdner Bank auf 850 Millionen geschätzt werden (es kommen noch annähernd 300 Millionen Pfandbriefemissionen hinzu), ist die Kapitalaufnahme im Ausland sehr groß gewesen. Der Bericht der Dresdner Bank beziffert sie bis Ende Mai auf 650 Millionen Mark. Das ist ein unerwartet hoher Betrag, der für das ganze Jahr nicht viel geringere Auslandsanleihen erwarten läßt, als für 1925 zu verzeichnen waren.

Diese Berichte deutscher Banken werden in interessanter Weise durch den Wirtschaftsbericht der Bankfirma Proehl u. Gutmann-Amsterdam für Ende Mai ergänzt. Als beunruhigende Symptome der Wirtschaftslage nennt sie neben den wachsenden Europavaluten die aggressive Haltung Russlands, den unbefriedigenden Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz und insbesondere auch die Putschpläne der extremen Rechten in Deutschland. Sie stellt die Frage, wie unter diesen Umständen das Wirtschaftsleben Europas wieder aufleben, die finanzielle Wiederherstellung Europas durchgeführt werden solle. Eine besondere Beunruhigung für das Verhältnis Hollands zu Deutschland bilden auch die Holland benachteiligenden deutschen Seehafenausnahmetarife und die Absicht des deutschen Reichsernährungsministers, den Zollschutz deutscher Landwirtschaftsprodukte neuerdings zu verstärken.

Zur Begebung der neuen Reichsschatzwechsel. Die Senkung der Reichssteuern wird dazu führen, daß das Reich demnächst zur Verstärkung seiner Betriebsmittel sich vorübergehend an den Geldmarkt zu wenden haben wird. Dies soll durch die Begebung von Reichsschatzwechseln geschehen. Diese Schatzwechsel lassen sich unter günstigen Bedingungen nur unterbringen, wenn sie bei der Reichsbank diskontiert und lombardiert werden können. In einer derartigen Ermächtigung für die Reichsbank fehlt es zur Zeit im Bankgesetz. Dies soll deshalb in der angegebenen Richtung ergänzt werden. Dabei wird im Einvernehmen mit der Reichsbank der Höchstbetrag der bei der Reichsbank zu lombardierenden und diskontierenden Reichsschatzwechsel auf 400 Millionen Reichsmark begrenzt. Die Befugnis der Reichsbank, im Reichsbetriebstrecke bis zu 100 Millionen zu gewähren, wird durch die Novelle nicht berührt. Die Reparationskommission, die für diese Befugnisänderung gehört werden dürfte, hat, wie wir erfahren, sich damit einverstanden erklärt. Der Entwurf wird, dem Vernehmen nach, dieser Tage den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Rückgang der Konkurse im Mai. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Mai dieses Jahres durch den „Reichsanzeiger“ 1046 neue Konkurse — ohne die wegen Rottensamangels abgelehnten Urträge auf Konkursöffnung — und 691 angeordnete Geschäftsaussichten bekannt gegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 1302 bzw. 923. Die Zahlungseinstellungen sind demnach im weiteren Rückgang.

Notstandsarbeiten als Gewinnquelle. Die deutsche Ton- und Steinzeugwerke A.G., Charlottenburg, die in fünf Werken produziert, hat für 1925 einen Reingewinn von 763.000 M. ausgewiesen und verteilt auf ihr Aktienkapital von 7 Millionen eine Dividende von 10 Proz. (Vorjahr 4 Proz.). In der Abteilungs Apparatbau für die chemische und verwandte Industrie war sie nach dem Geschäftsbericht zeitweilig recht unzureichend beschäftigt. Im Juni und Juli 1925 soll ein Streik in drei Werken die Gewinne auch stark beeinträchtigt haben; der Ausfall wurde aber durch Sondergewinne aus der Deutschen Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld kompensiert, mit der eine Interessengemeinschaft auf Gewinnausgleich besteht. Interessant ist die Mitteilung des Geschäftsberichts, wonach die von den Kommunalverwaltungen ausgeführten Notstandsarbeiten dem Werk in Münsterberg reichliche Beschäftigung und gute Gewinne brachten. Die Gewinne aus den Tochtergesellschaften (Ton- und Steinzeugwerke B. Richter u. Co., Bitterfeld, Tongrube Graf Zinzendorf) sowie aus den Beteiligungen, die beträchtlich zu sein scheinen, sind in dem ausgewiesenen Reingewinn noch nicht enthalten.

Delhandel und Kohleverwertung. In der Generalversammlung der Deutschen Erdöl-A.G. gab Generaldirektor Wittendorf einen Ueberblick über den Stand der einzelnen Warenorganisationen des Betriebes nach der Abfassung des Geschäftsberichts. (Geschäftsbericht und Bilanz haben wir hier schon besprochen.) Er führte aus, daß der Ausbau der Deutschen Petroleum-A.G. dadurch in ein neues Stadium gekommen ist, daß es durch einen Vertrag mit der Anglo Persian gelungen ist, der Gesellschaft die Stoffe zu sichern, die zum Betriebe ihres weitverzweigten Geschäftes notwendig sind. Die Verkaufs- und Verteilungsgesellschaften sind in der „Der“ Deutsche Petroleum-Verkaufsgesellschaft zusammengelagert worden, die mit der Anglo Persian einen Lieferungsvertrag auf lange Jahre abgeschlossen hat. Gleichzeitig hat sich auch die Anglo Persian an der Oleg beteiligt. Auf dem Hauptarbeitsgebiet der Gesellschaft, der Kohlen-erzeugung, ist zwar eine vorübergehende günstige Auswirkung des englischen Streiks durch erhöhten Abzug und durch eine kleine Preis-erholung festzustellen. Aber eine dauernde Besserung der Kohlenmarktlage läßt sich nur erzielen, wenn sich die englischen Gruben zu einer gemeinsamen Verkaufsorganisation zusammenschließen und diese Verkaufsorganisation mit dem Deutschen Syndikat Abmachungen über Quoten und Preise für Exportlieferungen trifft. In der Braunkohle ist in der letzten Zeit eine Vergrößerung des Absatzes eingetreten, so daß die Gruben voll beschäftigt sind und daß es sogar möglich war, die großen Stapelbestände zu verringern. Im Kohleerzeugungsverfahren will sich die Gesellschaft hauptsächlich der Benzingerzeugung widmen.

Nudel-Reklame

bis Donnerstag, den 10. Juni

Wer 1 Pfund Nudeln oder Makkaroni kauft, erhält 1 1/2 Pfund
 Wer 2 Pfund „ „ „ „ „ „ „ „ 3 Pfund
 Wer 4 Pfund „ „ „ „ „ „ „ „ 6 Pfund

Eier-Band-Nudeln . . . Pfd. 62 Pf.
 Eier-Faden-Nudeln . . . Pfd. 68 Pf.
 Eier-Hörnchen . . . Pfd. 66 Pf.
 Eier-Makkaroni . . . Pfd. 72 Pf.



Band-Nudeln Pfd. 46 Pf.
 Faden-Nudeln Pfd. 52 Pf.
 Figuren-Nudeln Pfd. 50 Pf.
 Makkaroni Pfd. 58 Pf.

Eigene Teigwarenfabrik

147 Geschäfte

TETZ BILLIGE LEBENSMITTEL

Wurstwaren

Hausm.-Sülze... Pf. 40
 Hausm.-Fleischw... Pf. 1.00
 Bauernmettwurst... Pf. 1.00
 Knoblauchwurst... Pf. 1.30
 Jagdwurst... Pf. 1.30
 Mettwurst... Pf. 1.45
 ff. Leberwurst... Pf. 1.50
 Teewurst... Pf. 1.70
 Holst. Zerv. u. Salami... Pf. 1.80

Käse

Camembert... 25 Pf.
 Camembert... 30 Pf.
 Kummelkäse... 34 Pf.
 Brikkäse... 40 Pf.
 Edamer... 85 Pf.
 Tilsiter... 60 Pf.
 Allg. Bierkäse... 1.00
 Limburger... 1.10
 Bayr. Schmelzer... 1.00

Verkauf soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Frisches Fleisch

Prima Schmorfleisch ohne Kn., Pfund 1.20
 Prima Rouladen Pfund 1.40
 Suppenfleisch Pfund 75 Pf.
 Fehrlippe und Brust Pfund 85 Pf.
 Kalbskamm Pfund 86 Pf.
 Kalbsrücken Pfund 88 Pf.
 Kalbsblatt ohne Haxe Pfund 95 Pf.
 Kalbskeulen Pfund 95 Pf.
 Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1.00
 Schweineschulterblatt Pfund 1.10

Pa. gepökelte Rinderbrust o. Kn. 1.10
 Pa. gepökelte Eisbeine m. Speck 54 Pf.
 Pa. selbstausselass. Taig Pfund 60 Pf.
 Pa. Ochsen-Suppenfleisch Pfund 64 Pf.
 Pa. starke Liesen Pfund 85 Pf.
 Gepökeltes Gehacktes Pfund 80 Pf.
 Gepökelte Schweinsköpfe m. Beil. Pfund 46 Pf.
 Pa. Ochsenbrust Pfund 68 Pf.

Kolonialwaren

Bruchreis... Pfund 18 Pf.
 Tafelreis... Pfund 22 Pf.
 Valencia-Reis Pfund 32 Pf.
 Weizengriess Pfund 27 Pf.
 Hartgriess... Pfund 30 Pf.
 Schnittnudeln Pfund 33 Pf.
 Pflaumen... Pfund 30 Pf.
 Makkaroni... Pfund 48 Pf.
 Kalif. Backobst... Pf. 45 Pf.

Konserven

Gem. Gemüse sehr fein 1.70
 Gem. Gemüse fein... 1.25
 Kaisererbsen... 1.05
 Erbsen fein... 1.05
 Pfefferlinge... 95 Pf.
 Kürbis... 68 Pf.
 Pflaumen mit Stein... 85 Pf.
 Kirschen schw., m. St. 90 Pf.
 Mirabellen... 1.20

Blutwurst... Pfund 50 Pf.
 Leberwurst... Pfund 50 Pf.
 Speckwurst... Pfund 90 Pf.
 Molk-Butter... Pfund 78 Pf.
 Tee-Butter... Pfund 90 Pf.
 D. Tafelbutter... Pfund 93 Pf.

Obst - Gemüse

Kopfsalat... 3 Kopf 10 Pf.
 Grüne Gurken... St. von 28 an
 Kohlrabi... Mandel 45 Pf.
 Spinnat... Pfund 5 Pf.
 Zitronen... Dutzend 40 Pf.
 Stachelbeeren... 2 Pf. 35 Pf.
 Holl. Tomaten... Pf. 60 Pf.
 Kartoffeln... 25 Pf.

Deutscher Speck mager, Pfund 1.35

Rehblätter... Pfund 1.25
 Junge Enten... Pfund 1.85
 Junge Gänse... Pfund von 1.40 an
 Fr. Suppenhühner... Pf. 1.40
 Jg. Brathühner... Pfund 1.80
 Rirsch- u. Himbeer-Konfitüre... Pfund 1.15

Senfgurken... 1.20
 Mixed Pickles... 2.10
 Malzgerste... 18 Pf.
 Kaffee... 68 Pf.
 Kaffee... 2 an

Fische - Räucherwaren

Merlan... Pfund 12 Pf.
 Koblau... Pfund 14 Pf.
 Seelachs... Pfund 18 Pf.
 Makrelen... Pfund 18 Pf.
 Leb. Schleie... Pfund 1.20
 Leb. Hechte... Pfund 1.50
 Engl. Bücklinge... Pf. 55 Pf.
 Plunders... Pfund 35 Pf.
 Seelachs... Pfund 50 Pf.
 Echte Makrelen... Pf. 45 Pf.

Besonders preiswerte Bowlen- u. Tischweine
 Weinpreise einzahl. städtischer Getränkesteuer ohne Flasche.
 1924er Edenkoben... 85 Pf. 8.00
 1924er Malzkammer Letten... 85 Pf. 8.00
 1922er Caseler Domänenberg... 95 Pf. 9.00
 1922er Hacken. Kirchensäck... 1.25 12.00
 Himbeer-, Kirsch- und Zitronensaft in pa. Qualität, mit 1a Raffinade eingekocht
 1/2 Flasche 70 Pf., 1/4 Flasche 35 Pf.

Weine vom Fass
 bekannt gute Qual., Gefässe bitte mitbringen, u. a.
 Boradorf. Apfelw. „Spezial“ herb, zur Kar und Bowle, Liter 50 Pf. 4.50
 Heidebeerwein, süw. vorz. Krttigungswin, Liter 85 Pf. 4.00
 Roter Johannisbeerwein süw. hervorragende Qual. Ltr. 95 Pf. 4.50
 Rheinpfälzer Weisswein vorzügliche Qualität... Liter 95 Pf. 4.50
 Preise einschließl. städtischer Getränkesteuer.
 Versandl. Deutscher Weinbrand 1/2 Ltr. 3.25 Pf., 1 Ltr. 6.50 Pf.

Wir veranstalten vormittags 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr
 Leipziger Strasse (1. Stock) und Alexanderplatz (2. Stock)
Modevorführungen
 in Sommer-, Bade- u. Sportbekleidung
 Karten für die Vorführungen werden an den Kassen der Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos verabfolgt.

Theater, Lichtspiele usw.
Staats-Theater
 Opernhaus am Königsplatz
 7 1/2 Uhr: Rigoletto
 Schauspielhaus
 8 U.: Herodes und Mariamne
 Schiller-Theater
 8 U.: Kyrill-Pyrlitz
Deutsches Theater
 Norden 10334-38
 Gastspiel: Kohort
 8 Uhr: Das Skel mit Max Adalbert
Städtische Oper
 Charlottenburg
 7 1/2 Uhr
Katja Kabanowa
 Abonn.-Turnus IV
Kammerspiele
 Norden 10334-38
 8 Uhr: Weck- und (Ueber'n Sonntag)

Lessing-Th. u. Schneider Wibbel
 Henckels, Berber, Grodzinsky
 Sommerpr. 1-8 M.
 8 Uhr: Die Komödie
Kleines Th.
 8 1/2 Uhr: Seitensprünge
Theater des Westens
 8 Uhr: Gräfin Mariza
Berliner Theater
 Täglt. 8 1/2 Uhr: Donnerwetter, ganz famos
Rose-Theater
 8 1/2 Uhr: Ehre deine Mutter... Gartenb.
 17 1/2 Uhr: Die gnd. Jagd

Internat. Varieté
 Sonntags 3.30 zu ermäß. Preisen d. volle Programm
 Theaterkasse: Lützow 1551
Sarowky-Bühnen
 Theater Nordstr. 2116
 8 Uhr: Dr. Schmidt
Komödienhaus
 Tel. Norden 6304
 8 Uhr: Der Garten Eden
Die Tribüne
 Tel. Wilhelm 5365
 8 1/2 Uhr: Der Rubikon

Circus Busch
 Das Abschieds- und große Manège-Volksstück
 „Es klappert die Mühle von Sanssouci“
 Eine weitere Verlängerung ist gänzlich ausgeschlossen, da das Hamburger Gastspiel bereits am 16. Juni beginnt
 Kleine Sommerpr.: 50 Pf. bis 4 M. 1. Loge
 Sonntag 1. nachm. 3 Uhr: Da wir Abschied-Programm sein wollen: „Die Mühle“ bei kleinsten Nachmitt.-Preisen: 25 Pf. b. 2.75 M. f. Loge
Reichshallen-Theater
 Abends 8 Uhr
Stettiner Sänger
 Ein Hausball bei Meyer's
 Berliner Barock von Meyer.
 Dönhof-Brett! (Sinf. u. Ser.)
 Varieté! - Konzert! - Tanz!

Volksbühne
 Theater am Blödyplatz
 7 1/2 Uhr: Hamlet
 Morgen 7 1/2 Uhr: FAUST
 8 Uhr: Die Freier
 Morgen 8 Uhr: Die Freier.
Komische Oper
 8 1/2 Uhr: Dr. James Klein
Berlin ohne Hemd!
 Die gewaltigste Revue
 200 Mitwirkende
 Sommerpreise
Luna-Park
 Heute in vollem Betrieb
 Morgen: Das große Fest der Berl. Kriminalpolizei
 Eintritt 70 Pf.

Möbel
 Waffelend billig! Neue luxuriöse Anzeigerbetten, 130 breit, mit Spiegel, Stoffbezug, 100,-. Neue elegante Bettstellen mit preiswürdiger Auflage 55,-. Rachtische mit Marmorplatte 15,-. Gobelins 12,-. Bildstoffe 45,-. Gobelins-Bildstoffe 30,-. Diplomaten 33,-. Gänzlich 75,-. Bierstühle 64,-. Neue Büden, Jocher, mit Metallfüß, 65,-. Gähmmer, Schlafzimmern, ersten Wärmor, Preisermäßigungen 28,-. Wiesen- auswahl in jeder Ausführung, Möbelhaus Gottlieb, Hünnerstraße 10, Schloßhof Gesundbrunnen, Stellvertreter.
 Gelegenheits! Kleiderständer 18,-. Bettsofa 15,-. Schlafsofa 11,-. Nussbaum-Schreibtisch 35,-. Büden 24,-. Bildstoffe 15,-. Möbelhaus Gottlieb, Hünnerstraße 10, Schloßhof.

Vom Köpfchen zum Kleide
 Aus Wolle und Seide - LUX wäscht alle beide.
 Gewiß kennen Sie die wunderbaren Eigenschaften der feinen LUX Seifenflocken für die Reinigung sarter Wäsche. Erproben Sie dieselben doch auch für die Haarpflege. LUX Seifenflocken erhalten Ihrem Haar den natürlichen, diskreten Seidenglanz und verleihen ihm frühen Duft und natürliche Weichheit.
 Ein Teelöffel voll LUX im Spülwasser macht blühschines Geführe und schon die Hände.
 Preis 50 Pfg.

LUX SEIFENFLOCKEN
 SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G. MANNHEIM-RHEINAU

Alpenländische Sommerschau u. Wiener Prater im Funthaus
 Täglich 4-1 Uhr
 Das große Programm / 2 Kapellen
 Gesellschaftschor
 Gabelstuhlfahrt
 1.25 Pf. (Kinder 0.50 Pf.)
 *
 Sonnabend, den 5. Juni 1926:
Sonder-Veranstaltung:
Oberbayerisches Trachtenfest
 verbunden mit **Großem Alpenball**
 Original-Schuhplattler und Volkstänze
 angeführt von den Berliner Orchestern der Vereine „Wittich von der“, „Hohensteiner“, „Hilfswitz“ und der Trachtengruppe des Vereins der Bopser.
 Eintrittspreis 1.50 Pf. (Kinder 0.50 Pf.)
 7 Kapellen - Jazzband Posiert
 36 Mann harkes Ball-Orchester - Praterleben
 Münchener Bräuwürstl - Wiener heuriger
 Stimmung und Feiertanz
 ist allemal da!
 *
 Jahresveranstaltungen
 Untergrundbahn: Rotherbaum - Gabelstuhlfahrt: Mühlent.
 Straßenbahn: 53, 22, 25 und 93

LUNA-PARK
 Sonnabend, den 5. Juni
Das große Fest
 der **Berliner Kriminal-Polizei.**
 Doppel-Konzerte des Streich- und Blas-Orchesters der Berliner Kriminal-Polizei
 Dirigent: **Josef Snaga.**
1000 Mark in bar
 erhält derjenige Besucher, der drei näher bezeichnete Personen am Fest-Abend im Luna-Park findet.
Jiu-Jitsu-Schau-Kämpfe, Ueberfall-Boxen
 u. a., ausgeführt von der Sport-Abteilung der Berliner Kriminal-Polizei.
Grosses Brillant-Feuerwerk
 Wasser- u. Farben-Fontäne u. a.
 EINTRITT 1 MARK.

Verkäufe
 Schreibmaschinen! Preise nochmals herabgesetzt. Neue Bore bis 30. Robori, Schreibmaschine 30,-. Post an. Sehr schöne Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau.
 Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau.
 Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau.
 Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau, Schreibmaschinen-Bureau.

Moos, Schwel, Eisen, Stahl-Bad Oppelsdorf
 bei Zittau in Sachsen
 Glänzende Erfolge bei Gicht, Rheuma, Frauenleiden
 Prospekt durch die Gemeindeverwaltung
 Meldestelle für Kurgäste
 Beginn der Saison Mitte April

Musikinstrumente
 Klavierspieler, Klavierspieler
Fahrräder
 Motorräder, Sportbilla, Gebrauchte
 Motorräder, Sportbilla, Gebrauchte
Kaufgesuche
 Gebraucht kauft Eisenstraße 19
Vermietungen
 Wohnhäuser, Wohnhäuser
Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Werkmeister für Metallwarenfabrik
 zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen übliche Stellung mit Erfolg befüllt haben. Zusätzliche Angebote mit Gehaltsangabe, unt. A. 24 an d. D. D. 24.